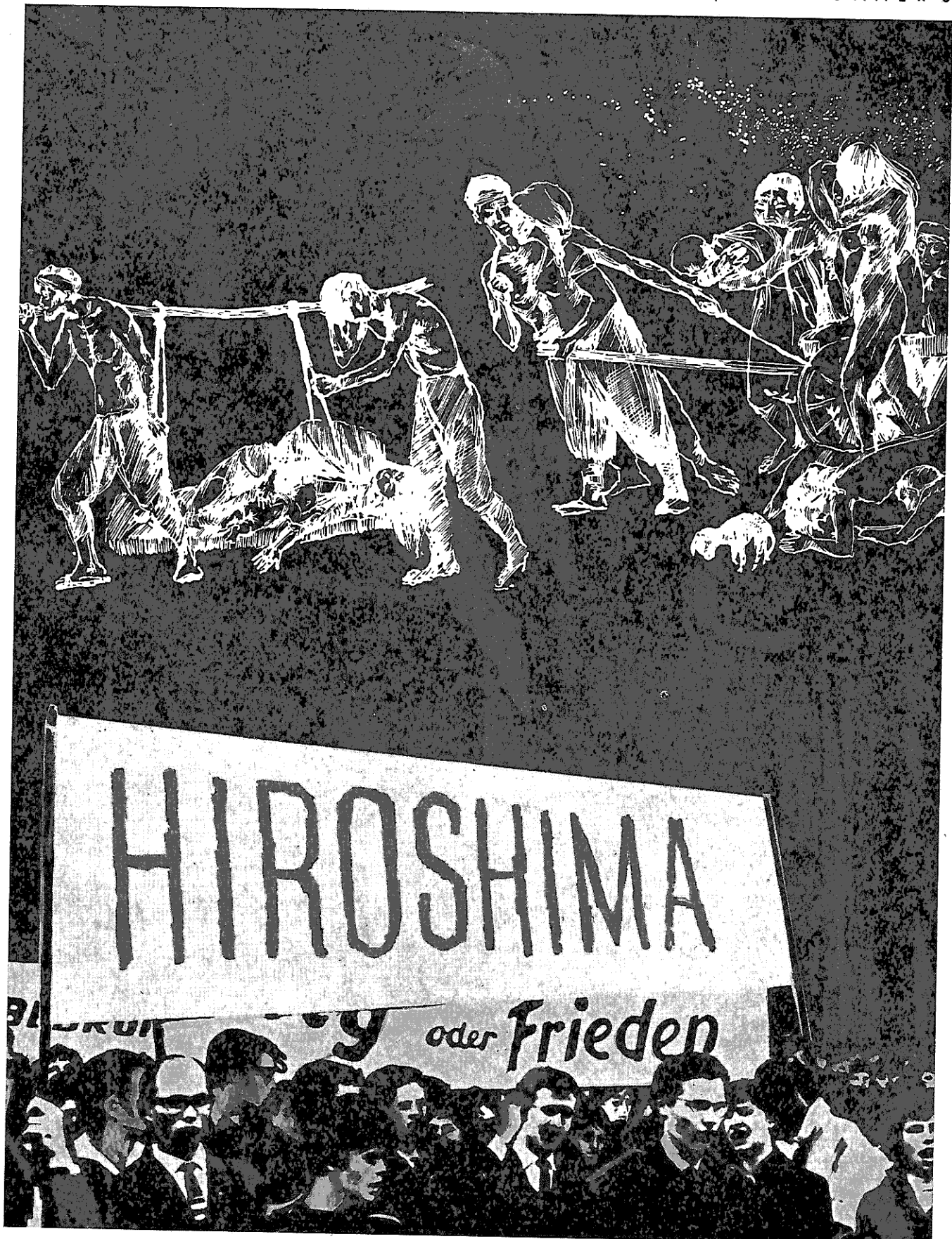


KONGRESSDIENST

Hamburg
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

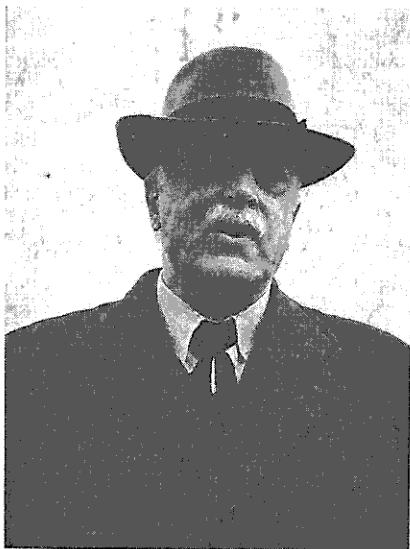
August 1961
NUMMER 6



sieht... So halte ich die französischen Pläne einer nationalen Atomrüstung für ein Unglück für Frankreich und würde ähnliche deutsche Pläne für ein Unglück für Deutschland halten. Das wirkliche Problem ist die Frage unserer Beteiligung an einer atomaren Rüstung der NATO." R. Fleischmann: „Die Gründe für die seinerzeitigen Erklärungen haben sich keineswegs abgeschwächt, sondern eher verstärkt. Nukleare Bomben sind ‚Mittel allgemeiner Völker vernichtender Zerstörung, deren Gebrauch auch nichtbeteiligte Völker dem Schrecken des Strahlungstodes aussetzt‘... Viele unserer Politiker haben seinerzeit auf der Schule nichts von Naturwissenschaft und Biologie gehört; daher stehen sie den Warnungen der Naturwissenschaftler verständnislos gegenüber. Sie betrachten deren Aussagen als unglaubwürdig. Eine Strahlenverseuchung der gesamten Erdoberfläche halten sie für unmöglich.“

Recht und Pflicht zur Stellungnahme

Auch Punkt 3 ist Ansatzpunkt zur Diskussion. Er lautet gekürzt: „Unsere Tätigkeit, die der reinen Wissen-



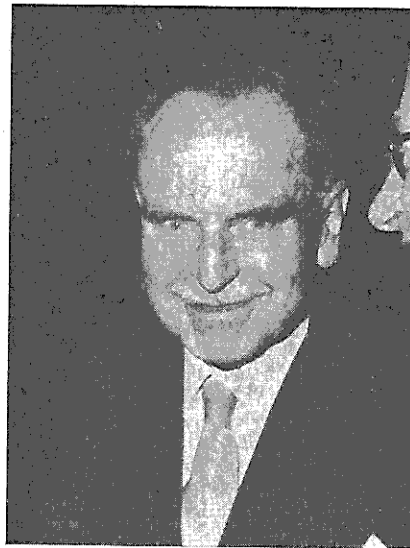
Max von Laue †

schaft und ihrer Anwendung gilt.. belädt uns... mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.“

Hier definiert R. Fleischmann zunächst die „politischen Fragen“, zu denen nicht geschwiegen werden kann. Es sollen solche gemeint sein, „zu deren Beurteilung gewisse Kenntnisse aus unserem Fachgebiet notwendige Voraussetzung sind.“

F. Strassmann: „Eine Erweiterung unserer Kenntnisse und unseres Könnens ist weder bedenklich noch zu verurteilen. Einer negativen Bewertung unterliegt doch erst die Art der Anwendung neuer Kenntnisse durch uns oder andere. Es ist erfahrungsgemäß sicher, daß „andere“, z. B. Politiker, in der Regel nicht imstande sind und auch nicht sein können, auf Grund eigener kritischer Erkenntnisse die Auswirkung einer derartigen An-

wendung zu beurteilen. Als Mitglied eines demokratischen Staates trifft also die Fachleute nur eine Schuld, wenn sie ihre begründete Ansicht nicht mit allem Nachdruck der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Da die Schulung ihres Denkens kaum vor derjenigen der Politiker zurücksteht und sie ja zur geistigen Führungsschicht



Otto Hahn

gerechnet werden wollen, so erscheint mir ihr Mitspracherecht und ihre Mitsprachepflicht selbstverständlich.“

C. F. Weizsäcker: „Deshalb ist es die Aufgabe der Bürger jedes Landes, diese Wahrheit vor allem den eigenen Mitbürgern zu sagen.“

Zusammenfassung

Zu der Frage, ob und wie weit die Sätze der Göttinger Erklärung heute noch die Überzeugung der Unterzeichneten wiedergeben, wurde von 15 der 16 Unterzeichner Stellung genommen.

Alle diese 15 Unterzeichner würden die Göttinger Erklärung (unter den gleichen Bedingungen) auch heute wieder unterschreiben. Einige Befrag-



Carl Friedrich von Weizsäcker

te geben Erläuterungen zu ihrer heutigen Einstellung, die aber die Kernfrage nicht berühren. Man kann da-

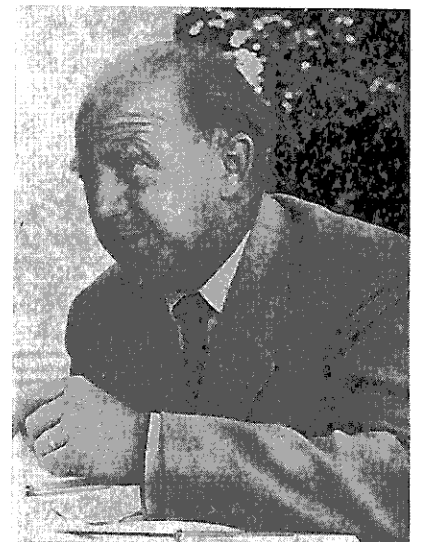
her zusammenfassend feststellen, daß die 15 (von 16 heute lebenden) Unterzeichner von 1957, die antworteten, ihre in der ‚Göttinger Erklärung‘ niedergelegten Ansichten auch heute trotz der geänderten Situation gleichermaßen vertreten. Insbesondere hat niemand die Hinweise zurückgenommen, daß ihn die atomare Bewaffnung der Bundeswehr mit tiefer Sorge erfülle und daß die Verantwortung der wissenschaftlichen Tätigkeit es nicht zuließe, zu allen politischen Fragen zu schweigen.

Zum Abschluß seien noch drei Zitate aus den teilweise sehr eingehenden Antworten wiedergegeben:

„Haben Sie wirklich Physiker getroffen, die der Meinung sind, wir hätten inzwischen kalte Füße bekommen?“ (J. Mattauich)

„Unsere Warnung gilt unverändert. Sache der Politiker ist es, daraus Konsequenzen zu ziehen.“ (F. Bopp)
„Verstehen kann ich Ihre Anfrage nicht, da die Einstellung zu diesen Dingen nicht zeitabhängig ist.“ (W. Paul)

Damit haben diejenigen, die an der Standhaftigkeit der ‚Göttinger Phy-



Werner Heisenberg

siker“ zweifelten und zu deren Sprecher sich die weitverbreitete Wochenschrift „Revue“ am 10. 12. 60 machte, indem sie resignierend fragte: „Haben (denn) alle, die gestern noch zum leidenschaftlichen Kampf gegen den Atomtod aufriefen, diese Kehrtwendung des Gewissens vollzogen?“, die Antwort erhalten.

Abschließend sei ausdrücklich betont:

1. Die Rückfrage bei den „Göttingern“ und die darauf eingehenden Antworten sind allein Ausdruck der Verantwortung für die mögliche Folge wissenschaftlicher Tätigkeit.

2. Die Anfrage wurde Mitte November 1960 an die „Göttinger“ gerichtet. Sämtliche wiedergegebenen Antworten und Bemerkungen gingen bis spätestens Ende Januar 1961 bei der Schriftleitung der „Phys. Blätter“ ein. Die Stellungnahmen stammen demnach aus der Zeit vor der Wahl des Präsidenten Kennedy.

Robert Jungk:

Gewissenlosigkeit von schauerlicher Größe

Am 6. August jährte sich zum 16. Mal der Abwurf der ersten Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima. Aus diesem Anlaß drucken wir hier einen Auszug aus dem im Jahre 1956 im Henry Goverts Verlag, Stuttgart, erschienenen Buch von Robert Jungk „Heller als tausend Sonnen“ ab, in dem der düstere Hintergrund der Ermordung von 200 000 Menschen dargestellt wird.

Ein Argument, das bei den internen Besprechungen über den bevorstehenden Einsatz der Atombombe die wichtigste Rolle spielte, war die Behauptung, daß die neue Waffe zwar sicherlich zahlreiche Menschenleben vernichten würde, in Wahrheit aber noch größere Opfer an Leben und Gut auf beiden Seiten verhindern könnte, falls sie tatsächlich eine sofortige Beendigung des Krieges herbeiführte. Die amerikanische Öffentlichkeit stand seit Mai unter dem Eindruck der Berichte über die ungewöhnlich blutigen Kämpfe um die Insel Okinawa. Obwohl die Japaner wußten, daß Deutschland geschlagen und ihre Position hoffnungslos geworden war, wehrten sie sich weiter mit unglaublicher Hartnäckigkeit und Todesverachtung. Auf Okinawa allein waren mehr Amerikaner gefallen oder schwer verwundet worden als während des ganzen Feldzuges zur Wiedereroberung der Philippinen. Dies ließ befürchten, daß eine Invasion Japans auf beiden Seiten Hunderttausende von Menschenleben kosten würde.

Bevor die vier Atomforscher des „scientific panel“ (Wissenschaftlicher Ausschuß) sich nochmals über die schicksalsschwere Frage des Einsatzes der Atombombe beugten, wurde ihnen, wie A. H. Compton sich erinnert, folgende Frage vorgelegt: „Können wir irgendein anderes Mittel vorschlagen, das den Krieg zu einem schnellen Ende bringen kann?“ Die Alternative „Entweder wird die Atombombe abgeworfen, oder der Krieg muß endlos weitergehen“ entsprach aber, wie wir heute wissen, nicht der wirklichen Lage. Sie fußte, genau wie die frühere Alternative „Entweder wir bauen eine Atombombe oder Hitler kommt uns zuvor“, auf falschen Vermutungen über die Pläne und Möglichkeiten des Gegners.

Die Nachrichtendienste des amerikanischen Heeres und der Flotte waren sich zu diesem Zeitpunkt schon darüber klar, daß die endgültige Niederlage Japans nur noch eine Angelegenheit weniger Wochen sein konnte. „Wir kontrollierten den Luftraum über Japan so vollständig, daß wir wußten, wo und wann jedes Schiff auslief“, erinnert sich Alfred MacCormack, der Chef der „Military Intelligence“ für den pazifischen Kriegsschauplatz. „Die Japaner hatten nicht mehr genügend Lebensmittelvorräte, ihre Treibstoffreserven waren fast erschöpft. Wir hatten eine Geheimaktion zur Verminung aller Häfen begonnen, die sie immer mehr von der übrigen Welt isolierte. Hätten wir diese Ope-

ration konsequent durchgeführt, wäre die Zerstörung der Städte Japans mit Napalm- (Brandgelee) und anderen Bomben ganz unnötig gewesen. Aber Fliegergeneral Norstad erklärte, „diese Aktion sei unheroisch und der Air Force nicht würdig“. So wurde sie abgebrochen.

Die Übergabe Japans hätte nicht nur durch eine verschärfte Blockade, sondern mit noch mehr Erfolgchancen, durch geschickte Diplomatie erreicht werden können. Denn Japan war damals nicht nur kapitulationsreif, sondern auch schon kapitulationsbereit. Ende April hatte der aus dem zusammenbrechenden Dritten Reich nach Bern übersiedelte japanische Flottenattaché Fujimura durch Vermittlung eines antinazistischen Deutschen namens Dr. Friedrich Haag mit drei engen Mitarbeitern von Allen Dulles, der in der Schweizer Bundeshauptstadt als Chef der amerikanischen Nachrichtenorganisation O. S. S. residierte, Verbindung aufgenommen und sich bereit erklärt, bei seiner Regierung auf eine Annahme amerikanischer Kapitulationsbedingungen hinzuwirken. Fast gleichzeitig war unabhängig davon auch der Militärattaché General Okamoto über die Bank für internationale Zahlungen in Basel mit einem ähnlichen Vorschlag an die Dulles-Organisation herangetreten. Beide Initiativen führten aber zu nichts, da Washington seine Kapitulationsbedingungen nicht präzisieren wollte und Tokio die Versuche der beiden Landsleute in der Schweiz nicht entschieden genug unterstützte.

Ein anderer Versuch Japans, möglichst schnell den Frieden herbeizuführen, war erster zu nehmen. Auf Veranlassung des japanischen Kaisers bemühte man sich seit dem 12. Juli (dem Tag an dem zum erstenmal Bestandteile der für den Alamogordo-Test bestimmten Atombombe Los Alamos verließen), durch die Vermittlung der damals noch nicht im Kriege mit Japan befindlichen Sowjetunion zu einem Frieden mit den USA zu kommen. Die Russen hatten allerdings wenig Interesse, vor ihrem eigenen, seit Februar in Jalta beschlossenen Kriegseintritt gegen Japan den Krieg zu beenden. Sie taten daher alles, um den japanischen Unterhändlern auszuweichen und gaben, als sie Botschafter Sato schließlich doch angehört hatten, den Schritt Tokios mit absichtlicher Verspätung, und seine Bedeutung verkleinernd, an die Amerikaner weiter.

In Washington jedoch wußte man ohnehin längst von diesen Bemühungen, weil die Amerikaner den japanischen Geheimcode entschlüsselt und daher seit Mitte Juli die dringenden, auf dem Funkweg übermittelten Instruktionen des Ministerpräsidenten Tojo an seinen Botschafter Sato in Moskau sowie dessen Antwort entziffert hatten. Darin hieß es nämlich unter anderem: „Japan ist geschlagen. Wir müssen dieser Tatsache ins Gesicht sehen und dementsprechend handeln.“



Anstatt nun diese tiefen Zerfallerscheinungen diplomatisch auszunützen, erließ Truman am 26. Juli (schon in Kenntnis des gelungenen Atombomben-Tests) auf der Potsdamer Konferenz eine Proklamation, die es den Japanern schwermachen mußte zu kapitulieren, ohne ihr „Gesicht zu verlieren“. Der amerikanische Historiker Robert I. C. Butow, der die Vorgeschichte des japanischen Zusammenbruchs auf Grund amerikanischer und japanischer Quellen studiert hat, vertritt die Ansicht, daß es zu diesem Zeitpunkt sehr wohl mit diplomatischen Mitteln zu einem schnellen Kriegsende hätte kommen können, wenn man die in der Potsdamer Proklamation enthaltenen Bedingungen, statt sie aller Welt über das Radio zu verkünden, durch politische Kanäle dem vom Mikado bereits mit weitestgehenden Verhandlungsvollmachten ausgestatteten Prinzen Konjo diskret hätte zukommen lassen.

Butow schreibt: „Hätten die Alliierten dem Prinzen eine Woche Gnadenfrist gewährt, während derer er die Unterstützung seiner Regierung für eine Zusage erreichte, so hätte der Krieg in den letzten Julitagen oder ganz zu Beginn des Monats August ohne Atombombe und ohne sowjetische Teilnahme beendet werden können.“

Gegenüber solchen Möglichkeiten zeigte sich die amerikanische Regierung vor allem wohl deshalb blind, weil sie sich im Besitz der Atombombe wußte. Statt geduldig den Knoten zu entwirren, fand man es bequemer, ihn mit der glänzenden neuen Waffe in ein oder zwei Hieben zu durchtrennen.

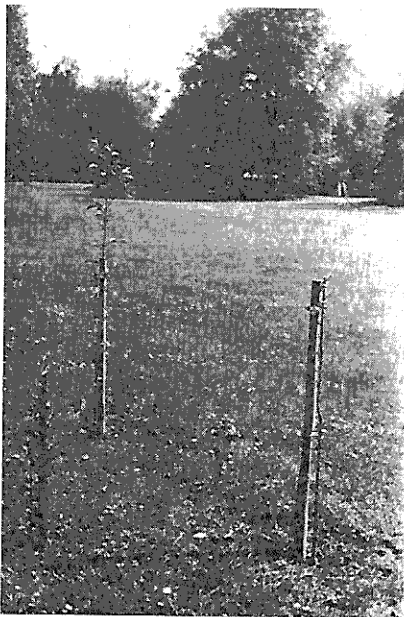
Allerdings hätte der vorläufige Verzicht auf den Abwurf der Bombe von seiten der verantwortlichen Politiker und Strategen beträchtliche Zivilcourage verlangt. Denn sie mußten befürchten, daß das ganze „Manhattan Project“, das bis dahin schon fast zwei Milliarden Dollar verschlund-

gen hatte, dann nach Kriegsende als sinnlose Geldverschwendung bezeichnet werden würde. Statt Ruhm und Belohnung erwartete sie dann womöglich Spott und Tadel.

Präsident Truman schreibt in seinen Memoiren, daß er mit seinem „Ja“ den Abwurf der Bombe entschieden habe. General Groves aber meinte: „In Wahrheit sagte er nur nicht ‚Nein‘. Es hätten auch starke Nerven dazu gehört, dieses ‚Nein‘ damals auszusprechen.“

Wenn schon der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht wagte, den Lauf des Räderwerks anzuhalten, wieviel weniger war das von den vier Atomforschern des „scientific panel“ zu erwarten, die bisher den Plänen ihrer Vorgesetzten noch nie ernsthaften Widerstand entgegengesetzt hatten. Sie fühlten sich „gefangen in der riesigen Maschinerie“, und sie waren zudem ungenügend über die wirkliche politische und strategische Lage informiert.

Hätten sie aber, selbst ohne etwas von der Kapitulationswilligkeit Japans zu wissen, sich aus rein menschlichen Erwägungen gegen den Abwurf entschieden, so hätte das sicherlich tiefen Eindruck auf den Präsidenten, die Minister und die Generale gemacht. So aber taten die Atomforscher auch diesmal „nur ihre Pflicht“. Und die Summe tausender Einzelhandlungen von höchster Gewissenhaftigkeit führte schließlich zu einem Akt kollektiver Gewissenlosigkeit von schauerlicher Größe.



Der Kirschbaum, von dem die Kerne stammen, aus denen diese drei kleinen Kirschbäumchen aufgegangen sind, hat die Atombomben-Katastrophe am 6. August 1945 in Hiroshima überlebt. Am 13. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs überbrachte ein japanischer Student der Stadt Frankfurt als Freundschaftsgeschenk des Oberbürgermeisters von Hiroshima Samenkerne von jenem Kirschbaum, der die Katastrophe überlebt hatte. Von den vielen Kernen, die im Frankfurter Palmengarten sachgemäß in Samenschalen ausgesteckt wurden, sind nur wenige aufgegangen. Die drei kräftigsten sind jetzt auf der großen Wiese des Palmengartens als lebendes Mahnmahl an die atomare Katastrophe von Hiroshima zu sehen.

„Eure Rede aber sei: Ja, ja, nein, nein!“

Wähler verlangen Auskunft von den Kandidaten

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Abrüstung in der Bundesrepublik“ hat sich mit einem Rundschreiben an alle seine Freunde und Anhänger gewandt und sie anlässlich des beginnenden Wahlkampfes um ihre aktive Mithilfe gebeten, damit die Grundfragen des Friedens und der Abrüstung bei allen Diskussionen bis zum 17. September immer wieder gestellt werden. In dem Rundschreiben des „Ständigen Kongresses“ heißt es:

Leider läßt es sich nun kaum bestreiten, daß es ernste Bedrohungen des Friedens gibt, für die die gegenwärtige Politik der Bundesregierung mitverantwortlich, um nicht zu sagen mitschuldig, ist. Gerade darum erfüllen uns einige bereits heute erkennbare Tendenzen des Wahlkampfes mit tiefer Sorge. Die großen Parteien scheinen sich dazu entschlossen zu haben, die entscheidenden Fragen des Friedens, seiner Erhaltung und Sicherung, der Bevölkerung überhaupt nicht zur Entscheidung vorzulegen. Es besteht die Gefahr, daß der Wahlkampf, bei dem es um Grundfragen geht, sich an im Vergleich dazu kleinlichen Details, wenn nicht gar an Fragen der persönlichen Sympathie, entscheidet. Es kommt also auf zwei Dinge an:

1. Die Kandidaten aller Parteien müssen veranlaßt werden, sich zur Frage der Erhaltung des Friedens, insbesondere zur Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, klar und unmißverständlich zu äußern.

2. Es kommt darauf an, daß die Bevölkerung die Bedeutung dieser Fragen im Wahlkampf erkennt.

Den Organisationen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik, die den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu ihrer Aufgabe gemacht haben, bietet sich hier die Möglichkeit zu einer außerordentlich bedeutsamen Initiative. Wir sind überparteilich; um so überzeugender können wir an die Parteien Fragen richten. — Damit kein Mißverständnis entsteht: wir wollen erreichen, daß sich Bundestagskandidaten äußern, eine Wertung ihrer Antworten ist Sache der Wähler, nicht die unsere.

Nun ist es allerdings möglich, daß einige Abgeordnete, sicher eine Minderheit, einer klaren Stellungnahme ausweichen möchten. Wir schlagen deswegen folgendes Vorgehen vor: Eine kleinere Gruppe allgemein angesehener Persönlichkeiten (2 oder 3 Personen) sucht alle im betreffenden Wahlkreis ansässigen Bundestagskandidaten auf, stellt ihnen die entscheidenden Fragen, nach der Haltung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, zur NATO-Zugehörigkeit und zur Abrüstung und hält die Antworten fest. Diese Antworten könnten dann der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, am besten durch ein Forum, auf dem die angesprochenen Kandidaten noch einmal Gelegenheit erhalten, ihre Stellungnahme zu präzisieren und etwaige Fragen zu beantworten. Es muß dar-

auf geachtet werden, daß diese Veranstaltungen, ebenso wie die zu stellenden Fragen, so sachlich wie möglich sind. Es muß auch jeder Anschein, daß es uns um die bloße Unterstützung einer der Parteien ginge, peinlich vermieden werden. Wir glauben, daß es auf diese Weise möglich ist, einen Beitrag zu der von vielen geforderten „Versachlichung des Wahlkampfes“ zu leisten und zugleich die Wähler an die entscheidenden Fragen heranzuführen.

*

150 Millionen verpulvert

Die Bundesregierung beteiligt sich mit mindestens 150 Millionen DM an der im „europäischen“ Eigenbau gebastelten Weltraumrakete, so wurde zur Freude Londons in Bonn verkündet. Warum diese Freude Londons?

Über 800 Millionen DM hatte die britische Regierung ausgegeben, als sie sich im April 1960 genötigt sah, die weiteren Entwicklungsarbeiten an der militärischen Rakete „Blue streak“ einzustellen, bevor irgend etwas Brauchbares dabei herausgekommen war. Obwohl inzwischen die „Blue streak“-Forschungen längst überholt sind, will man sie nun unter der Beteiligung von Frankreich und der Bundesrepublik weitertreiben, um eine „europäische“ Weltraumrakete zu bauen. Das wird die Kleingigkeit von weiteren 800 Millionen DM kosten und mindestens fünf Jahre dauern.

In Bonn weiß man zwar genau, daß die „Blue streak“ nicht viel mehr als ihren Schrottwert besitzt, trotzdem werden 150 Millionen DM unserer Steuergelder in dieses aussichtslose Unternehmen investiert.

Aber nicht für alle sind die 150 Millionen nutzlos verpulvert, denn einige westdeutsche Industriegewaltige haben sich ausgerechnet, daß sie auf diesem Umweg an die Erfahrungen der Forschung und Technik beim Bau von Großraketen herankommen können. Bisher war ihnen nämlich der Bau und die Entwicklung von militärischen Großraketen auf Grund des WEU-Vertrags untersagt. Die „Blue Streak“ hat sich darum gewandelt, sie dient nicht mehr militärischen, sondern nur rein wissenschaftlichen Zwecken. Wer's glaubt, wird selig.

Dafür, daß unsere Wirtschaftsführer bei der Herstellung von Kriegs- oder sonstigem Spielzeug wieder mitmischen und mitverdienen dürfen, ist uns ja kein Preis zu hoch.

*

Vollständige atomare Abrüstung Großbritanniens hat der Jahreskongreß der 1,35 Millionen Mitglieder zählenden britischen Transportarbeiter-Gewerkschaft mit 800 gegen 70 Stimmen erneut gefordert.

Atomstrom wird zum erstenmal seit Mitte Juni im Atomversuchskraftwerk in Kahl am Main erzeugt.

Rufmörder — eine Pest im Staate

Der „Fall“ der Deutschen China-Gesellschaft e. V.

In der laufenden Rufmordserie beschäftigen wir uns heute mit einem Vorfall, der berechtigtes Aufsehen erregte, weil es undenkbar schien, der in Frage stehenden Organisation auf Grund ihrer teilweise sehr prominenten Mitgliedschaft verfassungsfreundliche Tendenzen nachsagen zu können. Daß dies dennoch der CDU-Abgeordnete Majonica gegenüber der Deutschen China-Gesellschaft tat, beweist das Ausmaß der Gefahr, von der die demokratischen Grundfesten bei uns bedroht sind.

Einige Mitglieder der CDU glauben schon jetzt die Zeit für gekommen, die demokratische Maske fallen lassen zu können! Wir bringen diesen Aufsatz als dringende Mahnung an alle, denen die Erhaltung der demokratischen Freiheiten am Herzen liegt. Der Rufmord macht vor niemandem mehr halt. Er wird angewandt, wenn die Leute an den Kommandostellen der Meinungsfabriken es für richtig halten, einen „Unbequemen“ abzuschießen. Daß Widerstand möglich und erfolgreich ist, beweist uns die Deutsche China-Gesellschaft.

Am 14. April 1961 behauptete der CDU-Abgeordnete Ernst Majonica im Pressedienst der CDU, „Deutschland-Union-Dienst“,

„die Deutsche China-Gesellschaft wird in wesentlichen Dingen un-mittelbar von Peking dirigiert.“

Daraufhin beauftragte die Gesellschaft einen Rechtsanwalt damit, von Herrn Majonica eine Berichtigung dahingehend zu verlangen, daß die Deutsche China-Gesellschaft in keiner Weise von der Volksrepublik China abhängig, gesteuert oder finanziert wird. Es handle sich um eine private Vereinigung, deren Vorstand auf ordentlichen Mitgliederversammlungen in freier und geheimer Abstimmung gewählt worden sei.

Dem Herrn Majonica wurde in dem Schreiben des Rechtsanwalts eine Frist gesetzt mit dem Hinweis, daß nach Ablauf dieser Frist die entsprechenden gerichtlichen Schritte eingeleitet würden.

Darauf hat Majonica überhaupt nicht geantwortet. Erst als er die Aufforderung erhielt, vor Gericht zu erscheinen, bequeme er sich dazu, an den Vorsitzenden der Gesellschaft, Wolf Schenke, einen Brief zu schreiben. Er lautete folgendermaßen:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bestätige hiermit den Eingang Ihres Briefes vom 3. Mai dieses Jahres. Ich schreibe diesen Brief, obwohl mittlerweile die „Neue Politik“ schon dazu Stellung genommen hat. Da die Gesellschaft, so wie ich weiß, im Umbau begriffen ist, besteht für mich keinerlei Veranlassung, meine Behauptung zu wiederholen. Ich möchte das ausdrücklich versichern. Eine weitergehende Erklärung scheint mir bei Kenntnis der Sachlage nicht notwendig.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Majonica.“

Ernst Majonica glaubte, sich schlaue aus der Affäre gezogen zu haben. Da Wolf Schenke die Absicht hatte, vom Amt des Vorsitzenden zurückzutreten, dachte der CDU-Abgeordnete, auf diese Weise den alten Vorwurf dennoch aufrechterhalten zu können. Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft am 17. Juni in Hamburg machte ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Sie bestätigte Wolf Schenke erneut als Vorsitzenden, so daß das Ausweichmanöver des Ruf-

mörders nicht zum Zuge kommen konnte. Davon erfuhr der „kluge“ Mann jedoch nicht rechtzeitig, so daß in seiner Erwidierungsschrift gegen den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung einer Wiederholung der Verleumdung noch steht:

„Er sieht nicht deshalb von einer Wiederholung seiner Erklärung ab, weil er sie inhaltlich für falsch hält, sondern weil er die Nachricht erhalten hat, daß die Organisation des Antragstellers geändert werde.“

Inzwischen hat die Gerichtsverhandlung stattgefunden. Das Landgericht in Bonn entschied:

„Dem Antragsgegner zu 1. (E. Majonica) wird unter Androhung der höchstzulässigen Geld- oder Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, die Behauptung aufzustellen und zu verbreiten: die DEUTSCHE CHINA-GESSELLCHAFT e. V. werde in wesentlichen Fragen von Peking dirigiert.“

In der Begründung heißt es weiter: „Die von dem Antragsgegner zu 1. aufgestellte Behauptung ist geeignet, den Antragsteller verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Denn sie beinhaltet, daß der Antragsteller unmittelbar von einer kommunistischen Regierung dirigiert wird. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß der Antragsteller nicht unabhängig seine ihm gestellte Aufgabe in einem demokratischen Staat wahrzunehmen in der Lage sei und sich damit in Gegensatz zu den politischen und sozialen Anforderungen seines Staates setze.“

CDU-Majonica mußte also eine Niederlage hinnehmen. Wenn man nun aber glaubt, daß die Rufmordaffäre gegen die Deutsche China-Gesellschaft zu Ende sei, so hat man sich getäuscht. Ausgerechnet „DIE WELT“ fühlte sich berufen, die Fehde gegen eine demokratische Organisation fortsetzen zu können. Nachdem gerichtlich festgestellt worden war, daß die Deutsche China-Gesellschaft nicht vom Osten gesteuert wird, also nicht „rot unterwandert“ ist, wird von der „Welt“ der andere Trick angewandt, um den Rufmord dennoch wirksam werden zu lassen. Die „Unabhängige Tageszeitung für Deutschland“ berichtete:

„Das Bonner Landgericht untersagte dem christlich-demokratischen Abgeordneten Majonica die Wiederholung seiner Behauptung, die „Deutsche China-Gesellschaft“ sei eine von Peking in wesentlichen Fragen dirigierte Organisation. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Schenke, hatte eine einstweilige Verfügung erwirkt, die sich gegen einen von Majonica im „Deutschland-Union-Dienst“ veröffentlichten Artikel richtet.

Der Gesellschaft, die sich die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zur Volksrepublik China zum Ziel setzt, gehören der wegen seiner Reisen nach Rotchina bekanntgewordene frühere FDP-Abgeordnete Schwann, der frühere Reichsjugendführer Axmann und der frühere ‚Schriftleiter‘ der SS-Zeitung ‚Das schwarze Korps‘ Schwarz van Bergkan.“

Nun soll also die Gesellschaft „braun unterwandert“ sein... Der Bericht unterschlägt völlig, daß solche bekannten Bundestagsabgeordneten wie Carlo Schmid, Willi Max Rademacher und Dr. Thomas Dehler Mitglieder der Gesellschaft sind.

Wolf Schenke hat der „Welt“ in einem Leserbrief den Vorwurf des Rufmordes von der anderen Seite gemacht, indem diese „Zeitung“ willkürlich zwei bekannte Namen aus der NS-Zeit aus der umfangreichen Mitgliederliste herausgegriffen hat, um einen entsprechenden Eindruck in der Öffentlichkeit zu erzielen. Die „Welt“ hat diese Zuschrift bisher nicht veröffentlicht!

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß niemand vor dem Rufmord sicher ist. Man muß sich darüber klar sein, daß es sich bei den Rufmördern um politisches Gesindel handelt, das vor nichts zurückschreckt. Ihrer muß man sich mit aller Energie erwehren. Schenke schrieb unter der Überschrift „Räuchert die Pest aus!“:

„Die Rufmörder glauben, sie können ungestraft rufmorden. Sie würden kein Wort ihrer lästerlichen Behauptungen über die Lippen bringen, wenn sie auch nur entfernt annähen, daß sie dafür eines Tages zur Verantwortung gezogen werden könnten. Sie fühlen sich sicher, weil sie nur diejenigen verleumden, die der zur Zeit herrschenden Richtung nicht passen. So dumm sind diese Leute, so dumm und kurzsichtig, daß ihr Geist und ihre Voraussicht nicht um die nächste Straßenecke herum- und über den heutigen Tag hinausreicht, daß sie glauben, die zur Zeit Herrschenden wären immer die Herrschenden und niemand würde sich an sie, die Verleumder, erinnern, wenn das einmal anders aussieht.

Die Rufmörder sitzen in den höchsten politischen Stellen und setzen sich nach unten durch alle Schichten fort bis zu kleinem Agentengesindel und eifrigen Bertischrednern. Die kleineren Rufmörder

Fortsetzung auf Seite 8

Notstand durch die Hintertür

Nato-Verpflichtungen machen schon heute die Demokratie notleidend

Am vorletzten Tag seiner Beratungstätigkeit verabschiedete der Bundestag das erste Notstandsgesetz. Allerdings ist das schon in Kraft befindliche Bundesleistungsgesetz — das bei dieser Gelegenheit eine ganz erhebliche Ausweitung erfuhr — schon an sich ein Ausführungs- und Hilfsgesetz für das Vorgehen der Regierung beim „inneren und äußeren Notstand“. Aber das allein genügte der Bundesregierung und der CDU/CSU-Mehrheit beim Auseinandergehen des dritten Bundestages nicht.

Deshalb wurde in den Regierungsentwurf eine Bestimmung eingebaut, die die Bundesregierung ermächtigt, von sich aus — ohne das Parlament oder seinen Präsidenten zu befragen — den „Notstand“ zu verkünden. Die Bestimmung besagt, daß die fast unbegrenzten Leistungspflichten der Bundesbürger nach § 5 des Gesetzes außer im Kriegsfall bereits in Anspruch genommen werden können,

„wenn die Bundesregierung festgestellt hat, daß diese zur beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik notwendig ist.“

Daß damit aber in Wirklichkeit der Zustand gemeint ist, der in den Diskussionen der letzten Jahre von Bundesinnenminister Dr. Schröder immer wieder als „innerer Notstand“ bezeichnet wurde, machte der Sprecher der CDU/CSU, Dr. Werber, deutlich.

Für die SPD nannte Schmitt-Vockenhausen die Stimmen der CDU/CSU gegen die Stimmen der SPD und FDP durchgedrückte Ermächtigung für die Bundesregierung mit Recht, „die Einführung des Not-

stands durch die Hintertür“. Und das noch durch ein einfaches Gesetz.

Die „Opposition“ der SPD-Fraktion richtet sich nun aber nicht gegen die Verkündung des „Notstands“ durch die Bundesregierung an sich. Sie wandte sich nur gegen die Nichtbeteiligung des Bundesrates bei diesem Akt.

Nicht einmal auf eine Beteiligung des Bundestages drängt sie in ihrem Abänderungsantrag. Die Vorschrift, daß die Bundesregierung eigenmächtig von sich aus den „Notstand“ verkünden kann, beinhaltet eine „Aushöhung der parlamentarischen Kontrolle“, stellte ihr Sprecher Schmitt-Vockenhausen fest.

Das Parlament darf den „Notstand“ erst aufheben, wenn zuvor die Bun-

Prof. Dr. Fritz Baade:

Schafft den Krieg ab, und Hunger und Armut werden gebannt sein

„Metall“, das Organ der IG Metall, veröffentlicht ein Interview mit dem bekannten Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Fritz Baade, der bis zu seiner Pensionierung am 1. April 1961 Leiter des Institutes für Weltwirtschaft an der Kieler Universität war.

Prof. Baade legt in seinen Antworten dar, daß der Mensch heute in der Lage ist, die Produktionskräfte auf der ganzen Welt so zu entwickeln, daß auch in Afrika und Asien solch hohe Leistungen vollbracht werden, wie sie heute nur von den fortgeschrittensten Industrievölkern erreicht werden.

„Die 40-Stunden-Woche mit zwei arbeitsfreien Tagen am Wochenende ist ein für jeden Arbeiter und Angestellten erreichbares Ziel, dazu einmal, wenn nicht zweimal im Jahr ein längerer Urlaub“, erklärt Prof. Baade und fährt fort:

„Aber dieser paradiesische Zustand kann nur erreicht werden, wenn die Menschen klug genug sind, außer den beiden großen Geißeln Hunger und Armut auch die dritte große Geißel abzuschaffen: den Krieg. Radikale Abrüstung bei allen Völkern — und dies selbstverständlich unter völliger Kontrolle in Ost und West — ist auch die einzige Möglichkeit dafür, daß Hunger und Armut abgeschafft werden.“

Auf die Frage des Redakteurs von „Metall“ ob die durch die radikale Abrüstung hervorgerufene radikale Abschaffung der Rüstungsproduktion nicht die Arbeitsplätze vieler Arbeiter und Angestellter gefährde, antwortete Fritz Baade:

„Von einer Gefährdung der Arbeitsplätze durch die Abrüstung kann überhaupt nicht die Rede sein, und gerade die Metaller werden in der Sicherung ihres Arbeitsplatzes durch die Abrüstung den größten Vorteil haben. Die

desregierung bestätigt, daß die „Voraussetzungen“ für seine Verkündung nicht mehr gegeben sind. Der Aufhebungsbeschluß ist dann aber nur eine reine Formsache und nicht Ausfluß der Kontrollbefugnisse der Volksvertretung über die Entscheidungen der Regierung.

Die Ausschaltung des Bundestages bei der Verkündung des „Notstands“ begründete Dr. Werber mit den übergeordneten Befugnissen der NATO. Als ausschlaggebend bezeichnet er, „daß für die Bundesrepublik schließlich auch noch gewisse Verpflichtungen aus dem NATO-Bündnis bestehen. Diese sind so zwingend, daß man in einem solchen Augenblick nicht die ganze Apparatur des ganzen Parlaments einschalten kann.“

Die Forderungen der NATO stehen für die CDU/CSU also über den Entscheidungsbefugnissen und dem Willen der gewählten Volksvertretung. Damit aber besteht schon jetzt ein dauernder wirklicher Notstand für die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik.

Stahlwirtschaft der Welt bietet heute ein merkwürdiges Bild:

Die Stahlproduktion steigt in der Sowjet-Union jährlich um 10 Prozent, in der chinesischen Volksrepublik um 25 bis 30 Prozent, und die Produktionsanlagen sind dort voll ausgelastet. Aber die Stahlproduktion in der westlichen Welt steigt sehr viel langsamer, in den letzten Jahren im Durchschnitt Europas und der Vereinigten Staaten nicht viel mehr als um 1 Prozent jährlich.

In Amerika ist die riesige Stahlkapazität nur zu etwas mehr als die Hälfte ausgenutzt, und dies, obwohl die Rüstung dort auf Hochtouren läuft und daneben die Amerikaner einen viel höheren Stahlverbrauch in Gestalt von Automobilen, Kühlschränken, Ölheizungen in den Wohnungen usw. haben als die Bewohner irgendeines anderen Teiles der Erde.

Noch mehr Rüstung würde keinesfalls einen höheren Stahlverbrauch in der westlichen Welt bringen. Aber eine Rüstungsverminderung und Verwendung eines Teiles des ersparten Geldes für eine stärkere Hilfe an die Entwicklungsländer weitet die Absatzmöglichkeit für Stahl unverhältnismäßig viel stärker aus, als die Rüstung sie jemals ausweiten könnte. Die Entwicklungsländer brauchen gewaltige Mengen von Eisenbahnmateriale, sie brauchen Tausende von Lokomotiven, um ihr Transportwesen zu entwickeln, sie brauchen tausende von Kilometern an Röhren, sei es für Wasser, sei es für Öl, und sie brauchen unendlich viele Maschinen und Fabrikeinrichtungen, wenn die Leistungsfähigkeit hier auf die heutige des westeuropäischen, amerikanischen oder russischen Arbeitnehmers gehoben werden soll. Radikale Abrüstung ist daher das wichtigste Mittel, um den in der Metallindustrie Beschäftigten in der ganzen Welt ihren Arbeitsplatz und Steigerung der Löhne zu sichern.“

Fortsetzung von Seite 7

nehmen die Legitimation für ihr gedankenloses Gewäsch jeweils von den nächsthöheren Rufmördern und Auftraggebern. Entschuldigt ist von den Kleineren damit niemand. In einer Gesellschaft, in der der einzelne durch seine Wahlstimme mitbestimmen kann über das Schicksal der Gesamtheit, hat keiner dieser Kleinen das Recht, sich verantwortungslos zu benehmen. Er kann sich nicht einmal auf den „Befehlsnotstand“ berufen, weil ihm in den meisten Fällen kein Befehl erteilt wurde, sondern er von sich aus kriecht und verleumdet, weil er den „Oberen“ gefallen will oder ihr ausgeträufeltes Gift gedankenlos in sich aufnimmt und nachplappert.

Man brauchte sich mit diesem Gesindel nicht näher zu beschäftigen, wenn sich unser Volk nicht in einer ganz besonderen Lage befände. Man könnte sie mit der Nichtachtung strafen, die ihnen zukommt, wenn nicht die Gefahr bestände, daß sie etwas bewirkten, was nicht nur der Person schadet, die sie verleumden, sondern der Gesamtheit.“

Es geht um den Friedensvertrag

Was Gerstenmaier sagte und was es dazu zu sagen gibt

Am letzten Sitzungstage des 3. Bundestages gab der Bundestagspräsident D. Eugen Gerstenmaier im Namen der drei Fraktionen eine Erklärung ab, die an Stelle einer außenpolitischen Debatte, auf die die Fraktionen verzichtet hatten, dem gemeinsamen Willen der Abgeordneten Ausdruck verleihen sollte.

Einige der Formulierungen Gerstenmaiers waren durchaus ungewöhnlich im Munde eines führenden CDU-Politikers, wird da doch von der „Notwendigkeit eines baldigen Friedensvertrages“, von dem „berechtigten Verlangen“ unserer Nachbarvölker nach Verhinderung einer Wiederholung der fluchwürdigen Hitlerzeit, von dem Verständnis für die Forderung nach friedlicher Koexistenz und von der Bereitschaft zu Verhandlungen gesprochen. Ja, es heißt sogar an einer Stelle: „... wir glauben, daß der Friede in der Welt ein so kostbares Gut ist, daß er eben nicht nur auf Paktsystem und die Abschreckung der Waffen gegründet sein sollte, sondern auf eine Gesinnung des Friedens und guten Willens.“

Aber was nutzen all die schönen Worte über Koexistenz, Friedensvertrag und Wiedervereinigung, wenn Gerstenmaier genau wie sein Parteichef Adenauer nicht bereit ist, über die Wiedervereinigung oder über die Bedin-

gungen eines Friedensvertrages mit der DDR zu verhandeln? Oder meint der Bundestagspräsident etwa, der Friedensvertrag würde uns plötzlich wie ein Geschenk des Himmels in unsere untätigen Hände gelegt?

Und was meint eigentlich Eugen Gerstenmaier, wenn er davon spricht, daß ein Friedensvertrag nur „mit dem einen Deutschland“ abgeschlossen wird, „mit dem auch Krieg geführt wurde“. Herr Gerstenmaier dürfte wohl nicht übersehen haben, daß dieses „eine Deutschland“ das „Großdeutsche Reich“ war, mit dessen Auferstehung — und sei es auch nur für Friedensverhandlungen — kaum zu rechnen ist. Es besteht also Anlaß zu der Annahme, daß der Bundestagspräsident mit seiner Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrags mit dem „einen Deutschland“ lediglich eine Verschiebung der Friedensregelung auf den Sankt Nimmerleinstag umschreiben wollte.

Gerstenmaier lehnt in der Praxis die

Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten ab, obwohl er dies in der Theorie selbst zugeben mußte, indem er sagte: „Gewiß: Die Teilung Deutschlands ist letztlich eine Folge von Hitlers Angriff auf Rußland.“ Wo bleibt da die Logik?

Der Bundestagspräsident ist sich jedoch durchaus bewußt, daß die Verbrechen der Vergangenheit weder im Westen noch im Osten vergessen sind. Er betont darum mit Pathos, daß „Träger hoher und höchster Ämter in der Bundesrepublik... die Verfolgten und Gefangenen Hitlers waren“, wobei er nicht vergißt, den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und den Bundestagspräsidenten ausdrücklich als Beweis einer „grundlegenden Wandlung“ zu erwähnen. „Vergessen“ hat Eugen Gerstenmaier jedoch zu erwähnen, daß unzählige andere „Träger hoher und höchster Ämter in der Bundesrepublik“ wie Globke, Schröder, Sonnemann, Seehofer, Speidel, Heusinger, Foertsch usw. usw. doch wohl kaum als ehemalige Verfolgte Hitlers bezeichnet werden können, dieweilen sie bereits zur Zeit des Dritten Reichs recht ansehnliche Ämter innehatten. Kann bei der Vielzahl solcher Männer in Verwaltung, Armee, Polizei, Justiz und Wirtschaft von einer „grundlegenden Wandlung“ gesprochen werden?

Würde die Gerstenmaier-Rede durch die in ihr enthaltenen Widersprüche, Einschränkungen und sonstigen Pferdefüße weitgehend entwertet, so ist durch die Intervention Konrad Adenauers und durch das Klein-Beigeben des Bundestagspräsidenten schließlich gar nichts mehr davon übriggeblieben. Der Parteichef der CDU hat nämlich bereits zwei Tage nach der Gerstenmaier-Rede in Frankfurt vor der „Jungen Union“ davor gewarnt, die Erklärung des Bundestagspräsidenten zu weitgehend auszuliegen und jede Verhandlung über einen Friedensvertrag bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung abgelehnt. Hierzu schreibt Eghard Mörbitz in der „Frankfurter Rundschau“ am 14. Juli:

„Die Auseinandersetzungen über Wert und Sinn der Rede Gerstenmaiers sind seit Dienstag jedoch gegenstandslos. Unter Vorsitz des Kanzlers und aktiver Mitwirkung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Gerstenmaier wurde im Parteivorstand der CDU klargestellt, welche Politik in Bonn gilt, nämlich die des Kanzlers, die in der deutschen Note erneut ihren Niederschlag gefunden hat. Gerstenmaier erklärt heute, er habe sich in seiner Bundestagsrede vorwiegend mit der Methode, nicht aber mit dem Ziel von Deutschlandverhandlungen beschäftigt. Gerade die Zielsetzung der CDU aber nimmt der Rede des Bundestagspräsidenten vom 30. Juni die eigentliche Substanz, denn auf der Grundlage der von der CDU erhobenen Forderung, auch Gesamtdeutschland müsse Mitglied der NATO bleiben, wird es zu keinen ernsthaften Verhandlungen mit Moskau kommen.“



Verhandlungen über eine Friedensregelung mit Deutschland forderte der FDP-Vorsitzende Mende vor der ausländischen Presse in Bonn.

Wie kann die Berlin-Frage gelöst werden?

Britische Zeitung macht Vorschläge

Die einflußreiche Londoner Wirtschaftszeitung „The Economist“ bringt in ihrer Ausgabe vom 24. Juli 1961 eine eingehende Betrachtung über das Berlin-Problem, aus der hervorgeht, daß nicht unbedeutende Kreise in Großbritannien sich Gedanken zur Lösung der deutschen und der Berlin-Frage machen, die in ganz unkonventioneller Weise von dem bisher im Westen gebräuchlichen Denkschema abgehen. Hier einige Auszüge aus dem Artikel des „Economist“:

... Ein Element jedoch in der Haltung der Alliierten kann viel weniger Anspruch darauf erheben, als unveränderlich betrachtet zu werden. Das ist ihre Zurückhaltung, die Ostdeutschen an den Abmachungen über Berlin zu beteiligen. Wenn die Garantien, die die Freiheit Berlins schützen, solide sind, dann ist es viel unbedeutender, wie man zu ihnen gekommen ist und wie sie in die Tat umgesetzt werden. Es ist das beste, offen über die Schlußfolgerungen aus dieser Frage zu sprechen. Wenn die ostdeutsche Regierung einer der Unterzeichner eines Vertrages würde, der die Rechte Berlins fixiert, und wenn die Alliierten einverstanden sind, mit ostdeutschen Beamten bei der Benutzung ihrer Verbindungswege zur Stadt zu verhandeln, dann würde ein beträchtlicher Schritt zur Anerkennung des Regimes von Herrn Ulbricht getan sein. Der Anspruch, daß die Alliierten kraft ihrer Siegerrechte von 1945 in Berlin sind, würde dann in der Tat aufgegeben sein; das gleiche

würde für die Behauptung gelten, daß die westdeutsche Regierung der einzige rechtmäßige Vertreter des deutschen Volkes ist. Aber die Zeit und die abschleifende Wirkung der rauen Wirklichkeit haben diesen Glauben bereits schwächer werden lassen. Es erhebt sich die Frage, ob es besser ist, diese Ansprüche aufrechtzuerhalten oder sie aufzugeben, um dadurch eine neue und sichere Basis für die Freiheit Westberlins zu suchen...

Letzten Endes kann Berlin nur in einem wiederversöhnten Deutschland eine sichere Zukunft haben... Es kann sehr wohl sein, daß die Berliner nachts besser schlafen können (und Deutschland letzten Endes eine größere Chance zur Wiedervereinigung hat), wenn sich die Westmächte dazu durchringen könnten, wenigstens die faktische Existenz Ostdeutschlands und die Endgültigkeit der Westgrenze Polens anzuerkennen. Die Verhandlungen könnten noch weitergehend sein; der Gedanke eines Disengagements könnte wiederbelebt werden (wie es Lord Montgomery angeregt hat), und die Regierungen der beiden Teile Deutschlands, bereits durch die Fäden des Handels verbunden, könnten sich entschließen, auch andere Fragen zu diskutieren...

Die Gefahr hinsichtlich Berlins besteht darin, daß, wenn die Diplomatie in eine Sackgasse gerät, ein Krieg zum falschen Zeitpunkt und für die falsche Sache kommen könnte.

„Hier geht es um Leben und Tod“

Ein Leserbrief und unsere Antwort

Von Frau H. F. aus Bremen erhielten wir folgende Zuschrift:

„Die verantwortlichen SPD-Mitglieder sind nach wie vor gegen eine Atombewaffnung, das hat auch ein Willy Brandt mehrmals klar zum Ausdruck gebracht. Wenn die Bundesrepublik aber Berlin behalten will und vielleicht einmal wieder zu einem gesamten Deutschland gelangen will, dann muß sie schon in der NATO bleiben und sich den Forderungen der NATO fügen. Und mehr hat die SPD nie beansprucht. Es ist also völlig falsch, die SPD mit der CDU in dieser Hinsicht gleichzustellen... Ich bin Mitglied der SPD und Atomwaffengegner, doch ich habe mich schon oft über ihre kleinlichen und engstirnigen Argumente, die SPD betreffend, geärgert.“

Ich weiß nicht, ob Sie tolerant genug sind, diesen Brief zu veröffentlichen, möchte Sie jedoch darauf hinweisen, falls Sie nicht objektiver in Ihren Artikeln werden, werde ich zu veranlassen wissen, daß Ihnen einige Abonnenten verlorengehen.“

Die Toleranz und Objektivität, die Frau H. F. von anderen fordert, scheinen bei ihr selbst reichlich unterentwickelt zu sein, wenn man ihre unmißverständliche Drohung im letzten Absatz ihres Briefes in Betracht zieht.

Die Argumente, die Frau H. F. zu Gunsten der SPD ins Feld führt, haben uns allerdings keineswegs überzeugt. Als Atomwaffengegner müßte vielmehr Frau H. F. mit uns einer Meinung sein, daß die Bundesrepublik auf keinen Fall, mit oder ohne NATO-Segen, über Atomwaffen verfügen darf. Dies war zumindest auch noch bis vor einem Jahr die Meinung des SPD-Parteivorstandes. Wir sind auch nicht der Meinung, daß Frau H. F. recht hat, wenn sie behauptet, Willy Brandt habe „mehrmals klar zum Ausdruck gebracht“, daß er „nach wie vor gegen eine Atombewaffnung“ sei. Wir sind vielmehr der Auffassung, Willy Brandt habe sich bisher mit Erfolg um eine klare Beantwortung dieser Frage gedrückt. Anfang Juni erklärte er vor dem Parteivorstand der SPD: „Die SPD widersetzt sich jeder einseitigen Schwächung des Westens. Sie ist der Auffassung, daß das westliche Bündnis über Atomwaffen verfügen muß, solange diese Waffen nicht durch kontrollierte Rüstungsbegrenzungen entbehrllich werden.“

Wir wissen auch, daß die SPD-Bundestagsabgeordneten Erler, Blachstein und Wienand Anfang Dezember vergangenen Jahres bei einer Sitzung des Verteidigungs-Ausschusses der West-

europäischen Union (WEU) für die Bildung einer atomaren NATO-Streitmacht gestimmt haben. Wenn in beiden Fällen auch keine ausdrückliche Bejahung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfolgte, so ist sie jedoch für jeden, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, klar und eindeutig gegeben worden.

Wir sind tolerant genug, Frau H. F. die Freiheit zuzubilligen, es in dieser Frage zu halten, wie sie mag. Wir jedoch halten es auch im Jahre 1961 noch mit den Worten, die Erich Ollenhauer auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag 1958 aussprach:

„Im Kampf gegen die Atomrüstung geht es nicht um Taktik. Hier geht es um Leben und Tod...“

Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mitteln fortsetzen und steigern.“

Mit unserem Kampf gegen die atomare Aufrüstung tun wir also nichts anderes, als die Versprechungen anderer einzulösen. Die Redaktion

Es wird verhandelt...

Zwischen dem sowjetischen UN-Botschafter Sorin und dem amerikanischen Sonderbotschafter für Abrüstungsfragen, John McCloy, finden seit Ende Juni — zuerst in Washington und jetzt in Moskau — Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme der offiziellen Abrüstungsverhandlungen, die seit dem Sommer 1960 unterbrochen sind, statt. Noch steht nicht fest, ob der ursprünglich vorgesehene Termin für den Wiederbeginn der Verhandlungen, der 31. Juli, eingehalten werden kann. Es wird angenommen, daß die Abrüstungskonferenz erst im Herbst dieses Jahres wieder zusammentritt.

Inzwischen gehen die Genfer Verhandlungen über einen Stopp der Kernwaffenversuche nur sehr schleppend weiter. Der sowjetische Vertreter Zarapkin wirft den USA und Großbritannien vor, die Atomwaffenversuche der Franzosen nicht nur zu dulden, sondern sogar zu fördern. Der britische Vertreter Wright hingegen verdächtigt die Sowjetunion, heimliche Kernwaffenversuche in ihrem Land durchzuführen.

Zarapkin sagte in einem Gespräch mit der französischen Zeitung „Le Monde“ am 7. Juli in Genf: „Sehen Sie, die Sowjetunion hat sich schon immer zu einem Fürsprecher des Versuchsstopps gemacht. Sie hat das bewiesen. Aber sie kann nicht vergessen, daß Frankreich Mitglied der NATO ist, ein sehr kriegerisches NATO-Mitglied sogar... Ich erklärte den beiden NATO-Mitgliedern, England und USA, die an der Atomkonferenz teilnehmen, daß es Aufgabe der Sowjetunion ist, ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß jedes Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche unmöglich wird, solange ein Mitglied des Blocks der Westmächte die Kernwaffenversuche fortsetzt...“

Glauben Sie etwa, daß England und Amerika still zusehen würden, wenn ein Verbündeter der UdSSR, die Tschechoslowakei etwa, Atomwaffenversuche durchführte?!

Gedanken um ein Flugblatt

Vor mir liegt das Flugblatt „Die Gefahr wächst“, das die „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ herausgegeben hat. Als Mitglied der kleinen Redaktionskommission, die die Aufgabe hatte, den Text des Flugblattes auszuarbeiten, konnte ich den Werdegang dieser Schrift verfolgen.

Mit vielen Hindernissen ist die Entstehung eines solchen Flugblattes verbunden. Die einen glauben nicht an die Wirkungskraft, die anderen wieder überschätzen die Einflußmöglichkeiten, die einer solchen Druckschrift innewohnt ... Daß die „Aktionsgemeinschaft“ aber zu den kommenden Bundestagswahlen etwas zu sagen hatte, darüber war man sich in der Redaktionskommission gleich einig. Denn Aufklärung tut not! Entscheidend war nur, daß das, was uns zu sagen notwendig schien, auf kleinem Raum, mit geringen Mitteln und möglichst eindrucksvoll, gesagt würde.

In vielen stimmungsgeladenen Stunden wurde das jetzt vor mir liegende Flugblatt durchdiskutiert. Aus zahlreichen Gedanken und Anregungen der Kommissionsmitglieder und anderer Freunde wurde der Inhalt zusammengestellt, bis das Manuskript endlich dem Drucker übergeben werden konnte. Wieviele Überlegungen und Beratungen waren doch erforderlich, um den verschiedensten Meinungen und Ansichten gerecht zu werden, um den Lesern etwas zu vermitteln, was Anlaß zum Nachdenken gibt.

Gerade in der heutigen Zeit werden die Menschen mit Lesestoff überflutet. Besorgt fragten wir uns darum, wird unsere kleine Schrift überhaupt gelesen werden, wird sie „ankommen“? Gefreut haben wir uns dann, daß das Echo unerwartet stark war. Kaum waren die ersten Musterexemplare an unsere Freunde versandt

worden, als auch schon zahlreiche Bestellungen eintrafen. Ihre Größe war unterschiedlich. Sie umfaßte die Spanne von einhundert bis zu zehntausend Stück. Genauso unterschiedlich war die soziale Schichtung der Besteller, von denen jedoch keiner die Bezahlung versäumte. In zahlreichen Fällen wurden sogar weitaus größere Beträge zur Unterstützung der Flugblattaktion überwiesen. Dank dieser finanziellen Hilfe kann jetzt die Verteilung des Flugblattes auf noch breiterer Ebene erfolgen.

Besonders beachtenswert erscheinen mir die zahlreichen Zuschriften, die das Flugblatt veranlaßte. Neben vielen zustimmenden Briefen gab es auch eine ganze Reihe kritischer Bemerkungen. Die Kritiker kann man in zwei Gruppen einteilen. Die einen sind der Meinung, daß das Flugblatt nicht deutlich genug die Partei nennt, die von den Wählern am 17. September gewählt werden soll. So heißt es in einem dieser Briefe z. B. „Da die Gefahr wächst“, wäre es jetzt allerhöchste Zeit, daß auch die „Aktionsgemeinschaft“ die Konsequenzen zieht und schreibt:

Am 17. September Deine Stimme den Kandidaten der Deutschen Friedens-Union!

Warum nennen Sie denn nicht die einzige Partei, die gegen Aufrüstung und Atomkrieg eintritt?“

Die andere Gruppe wieder ist der Meinung, daß das Flugblatt viel zu

eindeutig für die DFU Stellung bezieht. So schreibt z. B. eine junge Frau: „Ich bin Atomwaffengegnerin und bin aber auch gleichzeitig Mitglied der SPD. Obwohl ich sonst immer die Tätigkeit der Aktionsgemeinschaft begrüße und unterstützte, kann ich jedoch das vorliegende Flugblatt nicht gutheißen, da es eindeutig gegen meine Partei und für die DFU spricht.“ Aus diesen beiden gegensätzlichen Meinungen, die wir hier stellvertretend für viele andere ähnliche zitierten, geht eigentlich schon deutlich genug hervor, warum die „Aktionsgemeinschaft“ sich jeglicher parteipolitischen Stellungnahme enthalten hat und enthalten muß. Zur Erinnerung sei jedoch noch einmal ein Auszug aus dem Gründungsbeschuß der „Aktionsgemeinschaft“ vom Jahr 1958 hier wiedergegeben:

„Die „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ ist ein freier Zusammenschluß von Persönlichkeiten und Vereinigungen des geistigen und kulturellen Lebens, mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft und Gruppierungen aller anderen Bevölkerungskreise, die aus den verschiedensten politischen und weltanschaulichen Lagern kommen, welche die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik ablehnen, die Annullierung aller einschlägigen Vorbereitungen und Beschlüsse fordern und für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa als einen ersten Schritt zur allgemeinen Entspannung eintreten.“

Zum Schluß sei noch hier die Zuschrift von Herrn und Frau W. zitiert:

„Ihr Anliegen (finanzielle Beihilfe zur Flugblatt-Vertreibung, welches in Ihrem Juli-Brief sehr trefflich gekennzeichnet ist, war soeben Gegenstand meiner und meines Mannes ausführlicher Beratung. Wir fühlten uns persönlich so stark angesprochen, daß wir uns leichten Herzens entschlossen, an diesem Wochenende auf unsere sonst üblichen Bequemlichkeiten (Kinokarten, Speiserestaurant usw.) zu verzichten und Ihnen hierfür den Betrag von 20,- DM zu überweisen.

Wir hoffen, daß Ihre bewundernswerte und im Interesse der Allgemeinheit so dringend notwendige Arbeit zur Aufrechterhaltung des Friedens, in vielen Herzen und Hirnen Eingang und Verständnis finden möge. Wir hoffen auch, daß unser Beispiel einer finanziellen Unterstützung Ihrer Arbeit viele Nachahmer findet, um Ihnen und uns allen zu einem dauernden Erfolg zu verhelfen.“ O. V.

Unpopulär sei in weitesten Kreisen der Bevölkerung die Wiedererrichtung eines Luftschutzsystems, mußte der Hamburger Bürgermeister Nevermann zugeben.

Große Demonstrationen gegen die Polaris-U-Boote der USA planen britische und skandinavische Atomwaffengegner für die nächste Zeit.

Die Wiederaufnahme der Kernwafferversuche durch die USA forderte der Vorsitzende des amerikanischen Senatsausschusses für die militärische Verwendung der Kernenergie, Senator H. Jackson.



SIE BEDROHT AUCH DICH!

**Du mußt aktiv werden!
Hilf mit, damit am 17. Sept.
nur
Atomwaffen-Gegner
in den Bundestag gewählt
werden!**

Verteile auch Du das Flugblatt der „Aktionsgemeinschaft“ an Deine Kollegen, Freunde und Nachbarn!

Bestellungen zum Preise von DM 1.- je 100 Stück, DM 4.50 je 500 Stück und DM 8.- je 1000 Stück nimmt entgegen: „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik“, Düsseldorf 10, Prinz-Georg-Str. 89

Postscheck-Konto: Essen 129300

Neue Bücher

Jaroslav Putik

Der Fall Oppenheimer

VEB-Domovina-Verlag, Bautzen, DM 5.90

„Von der Parteien Gunst und Haß verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Robert Oppenheimer genoß größte Verehrung, und ihn traf der Bannstrahl der amerikanischen Hexenjäger, man überhäufte ihn mit akademischen Würden, und er wurde das Opfer einer skrupellosen Rufmordkampagne, sein Name füllte immer wieder die Spalten der Weltpresse, und sein wechselvolles Schicksal wurde in zahlreichen Büchern, Gedichten und Theaterstücken recht und schlecht ausgeschlachtet. Jetzt erschien im VEB-Domovina-Verlag, Bautzen, die deutsche Übersetzung einer tschechischen Publikation, die nicht nur geeignet erscheint, die zwielichtige Rolle Oppenheimers aufzuhellen, die auch das verderbliche Spiel jener Kräfte enthüllt, die mit diesem Menschen Schindluder trieben.

Robert Oppenheimer — 1904 geboren — war der Sohn eines aus Deutschland in die USA eingewanderten Textilgroßimporteurs und das Kind einer Mutter, die ein sensibles Gespür für die schönen Künste auszeichnete. Er studierte an der Harvard-Universität und bestand alle Prüfungen mit Auszeichnung. Im englischen Cambridge hatte er seine ersten Begegnungen mit den berühmten Physikern seiner Zeit. Ein unglückliches Versagen in der Laboratoriums-Praxis trieb ihn in ernste Depressionen und ließ ihn mit Selbstmordgedanken spielen. Im Jahre 1929 kehrte er in die USA zurück.

Der große Wall-Street-Krach und die damit eingeleitete Weltwirtschaftskrise bedeuteten für ihn wie für viele andere Intellektuelle Amerikas ein unsanftes Erwachen aus einer Welt des trügerischen schönen Scheins. Oppenheimer stürzte sich nun mit Eifer auf die Sozialwissenschaften und begegnete dort auch zum erstenmal den Theorien von Karl Marx. Wiewohl er später immer wieder mit Nachdruck — und zweifellos auch mit Recht — erklärte, er sei nie ein doktrinärer Marxist gewesen, blieb er offensichtlich von der Marxschen Grundauffassung, daß die ökonomischen Verhältnisse von schicksalshafter Bedeutung für die menschliche Gesellschaft seien, nicht unbeeindruckt.

Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges war die wissenschaftliche Autorität Oppenheimers so gestiegen, daß man ihm entscheidende Funktionen bei der Entwicklung der Atombombe übertrug. Man feierte ihn am Ende des Krieges als den „großen Sohn Einsteins“ und als den „Vater der Atombombe“. Oppenheimer selbst hat sich allerdings in dieser Rolle nur als ein „Verbündeter der Hölle“ empfunden und nur unter dem furchtbaren psychologischen Druck, die Hitlerfaschisten könnten möglicherweise als erste die Atombombe entwickeln und anwenden, diese entsetzliche Vernichtungswaffe geschaffen. Als er später von den Auswirkungen in Hiroshima erfuhr, brach er weinend zusammen und fühlte sich für den Tod der Hunderttausende verantwortlich.

Diesen Gewissenskonflikten hat Oppenheimer nie wieder enttrinnen können. Tatsächlich hat er sich gestraubt, die Weiterentwicklung der nuklearen Massenvernichtungsmittel mit jener „Begeisterung“ zu betreiben, die das amerikanische Pentagon von ihm erwartete. Daraufhin versuchte man mit den skrupellosesten Mitteln, ihn aus seinen Ämtern zu verdrängen, um willfährigere „Verbündete der Hölle“ an seine Stelle setzen zu können. Oppenheimers Verhalten in diesem Pandämonium von Bespitzelung, Verleumdung und Erpressung war nicht immer ehrenhaft. Der dunkle Punkt in dieser zwielichtigsten Ära seines Lebens ist zweifellos die Affäre *Chevalier*. Der Schriftsteller Haakon Chevalier war einer seiner engsten Freunde. Er wurde eines Tages kommunistischer Umtriebe verdächtigt, und Oppenheimer ließ sich tatsächlich von den Agenten Mac Carthys dazu bewegen, Chevalier zu belasten. Aus Angst um seine Karriere denunzierte er einen seiner besten Freunde. So liegt viel Licht und viel Schatten auf dem Charakterbild Robert Oppenheimers, der Betrachter schwankt zwischen Bewunderung, Verachtung und Mitleid. Das hier angezeigte Buch von Jaroslav Putik versucht, allen Seiten dieser umstrittenen Persönlichkeit gerecht zu werden. Putik benutzt dazu jenen merkwürdigen „Prozeß“, den man im Frühjahr 1954 gegen Oppenheimer inszenierte. Die geheime Staatspolizei der USA hatte dieses Verfahren in jahrelanger Kleinarbeit systematisch vorbereitet und fuhr dicke Aktenbündel, Dokumente, Fotokopien, kilometerlange Tonbandaufnahmen

und Mikrofilme auf, und dennoch konnte alles Agentenmaterial nicht dazu ausreichen, um ein ordentliches Gerichtsverfahren wegen Sabotage oder Spionage einzuleiten.

Die Verhandlungsprotokolle des eigens zu diesem Inquisitionsverfahren berufenen Ausschusses — Security Council of the Atomic Energy Commission — offenbaren die schwierige Lage eines Wissenschaftlers in der amerikanischen Gesellschaft. Jaroslav Putik hat die dreitausend Schreibmaschinenseiten des Protokolls gewissenhaft durchgearbeitet und sich — wie es im Vorwort seines Buches heißt — „die Freiheit genommen, aus der unübersehbaren Zahl von Zeugen, Experten, Denunzianten, Spitzeln und Verteidigern ein Viergestirn herauszufinden, das ihm am interessantesten erschien“. Mit erstaunlichem psychologischen Einfühlungsvermögen zeichnet Jaroslav Putik vier Hauptfiguren dieses Rufmordverfahrens: einen Atomphysiker und dienstbeflissenen Mitschöpfer der Wasserstoffbombe; einen skrupellosen Sicherheitsoffizier des FBI; einen burschikosen Vorsitzenden der amerikanischen Atomenergiekommission, der den militärischen Rang eines Admirals bekleidete, im Zivilstand Direktor eines führenden Bankinstituts und Verbindungsmann zu führenden Unternehmen der amerikanischen Rüstungsindustrie war; und schließlich Oppenheimer selber. Was Putik dem Leser bietet, sind allerdings keine textgetreuen Übersetzungen der Prozeßakten, sondern freie Erfindungen des Autors, die jedoch — wie uns versichert wird — die Tatsachen in jedem Fall genauestens respektieren.

Inzwischen wurde Oppenheimer wissenschaftlich rehabilitiert, er hält wieder Vorlesungen in Princeton, macht nachdenkliche Spaziergänge in der Umgebung der Hochschule und liest französische Lyrik, aber der Einfluß jener Kreise, die Oppenheimer verbannten, ist immer noch spürbar.

Michael Claus

„Das Hexen-Einmaleins — Eine Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus“

Verlag A. v. Behr, Bovenden/Göttingen

Preis DM -50

Die Kenntnis der Hintergründe des Antikommunismus, der heute quasi zur Staatsideologie geworden zu sein scheint, ist eine der dringlichsten Notwendigkeiten, nicht nur zur „Bewältigung der Vergangenheit“ — sondern auch unserer Gegenwart! Denn wie vor und nach 1933 wirkt der Antikommunismus heute wieder als psychologische Vorbereitung, um den Abbau der Demokratie (siehe Begründung der Notstandsgesetze!) und schließlich sogar die Unvermeidbarkeit eines Krieges zu „begründen“.

Darum gehört die kürzlich erschienene kleine Schrift mit dem Titel „Das Hexen-Einmaleins“ (Eine Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus) in den Bereich der politischen Schriften, auf deren Kenntnis und Studium man nicht verzichten sollte. Die Broschüre führt auf knappstem Raum alle wichtigen Erscheinungen und Ergebnisse des Antikommunismus an und setzt sich mit dessen tragenden Thesen auseinander.

Die Broschüre gibt keine fertigen Rezepte. Sie soll, wie der Verfasser, Michael Claus, zum Schluß betont, zum Nachdenken anregen. Gerade weil der Antikommunismus heute eng mit der lebensentscheidenden Frage „Krieg oder Frieden“ verknüpft ist, sollten wir diese Anregung nicht ignorieren.

Anton Zischka

Krieg oder Frieden

Die Chancen des Friedens in unserer Zeit

C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, DM 11.80

Anton Zischka ist ein alter, erfahrener Globetrotter. Er umkreiste bisher fünfmal unsere gute alte Erde, nahm manchen Brennpunkt der Geschichte unter die Lupe und interviewte Gott und alle Welt. Die Gedankenfrucht, die er in seine Scheuern fuhr, war vorwiegend empirisch-visueller Natur. Infolgedessen haben seine Bücher den nicht zu unterschätzenden Vorzug des unmittelbaren Erlebens und der anschaulichen Frische. Man empfindet seine Berichte als Berichte eines Augenzeugen, vermißt allerdings nicht selten die nötige geistige Fundierung der Details.

Auch Anton Zischkas jüngstes Werk — „Krieg oder Frieden“ — mangelt das solide tragfähige soziologische Fundament. Er neigt dazu, gesellschaftliche Phänomene nicht auf ihre historische und soziale Substanz hin zu prüfen, sondern nach ihren äußeren Erscheinungsformen zu beurteilen und gelangt dadurch zuweilen zu bedenkliehen Vergleichen und Werturteilen z. B. „Weltkommunismus = Imperialismus“, „Ost = West“, „Chruschtschow = Kennedy“. Recht typisch für seine „impressionistische“ Betrachtungsweise ist die Frage, die sich ihm bei der Betrachtung amerikanischer Bombenflugzeuge aufdrängt: „Seltsam“, meint er, „daß sie das gleiche Kampfabzeichen wie die Sowjetmaschinen zeigen, den großen, fünfzackigen Stern. Nur daß er hier weiß auf blauem Grund ist statt rot auf weißem. Aber haben wir nicht überhaupt die Ähnlichkeiten zwischen den USA und der UdSSR mehr zu fürchten als ihre Unterschiede?“

Wir müssen uns hier eine Auseinandersetzung mit solchen Begriffsversimpelungen versagen. Wir dürfen schon darum darauf verzichten, weil Anton Zischkas Buch gottlob außer solchen unverzeihlichen Dummheiten eine Menge gewichtiger Wahrheiten enthält, und ihrerwegen können wir das Buch dem kritischen Leser sogar empfehlen.

Zischka bereiste selbst unlängst die Befehlszentralen der Strategic Air Command in Omaha und der Northamerican Defense in Colorado Springs sowie die Artikkbasis Thule und das Atomwaffenerprobungsgebiet von Nevada. Er war offensichtlich beeindruckt von diesen hochperfektionierten Laboratorien des Todes mit ihren sensiblen Apparaturen und ihren minutiös geplanten Einsatzreglementen.

Er war aber auch in Hiroshima und berichtete darüber, und er zitiert dann den Auswertungsbericht amerikanischer H-Bomben-Versuche und stellt fest, daß die hier verwendete „Groß-Super-Hydrogen-Bombe“ der Sprengkraft von 45 Millionen Tonnen TNT gleichkam oder dem Zweihundertzwanzigfachen der Hiroshimabombe oder dem Fünfunddreißigfachen aller während des zweiten Weltkrieges über Deutschland abgeworfenen Bomben.

Zischka meint darauf mit sehr viel Recht, daß eine solche Pervertierung der „Waffentechnik“ zu einer Neuregelung des menschlichen Zusammenlebens zwingt, zu einem Umdenken in der Frage „Krieg oder Frieden“. Bis in die jüngste Vergangenheit seien Kriege geführt worden, weil der Angreifer geglaubt habe, sich eine reale Siegeschance ausrechnen zu können. Ein Krieg — geführt mit den Massenvernichtungsmitteln von heute — garantiere aber auch jedem Angreifer seine totale Vernichtung.

Aber Anton Zischka weiß, daß es auf der Welt auch Spekulationen des Selbstmordes gibt. Zu ihnen gehört — wie Zischka erzählt — der einstige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, Theodore Green. Dieser sei anläßlich seines 91. Geburtstages im März 1959 für die Zeitschrift „U.S. News & World Report“ interviewt worden: „Herr Senator, die Zeitungen sind voller denn je von Berichten über die Gefahren des Atomzeitalters. Fürchten auch Sie für die Zukunft? Denken Sie, daß die Vereinigten Staaten vernichtet werden könnten?“ Darauf stellte Senator Green die Gegenfrage: „Und was würde das ausmachen?“ Erschreckt wollte daraufhin „U.S. News“ wissen: „Meinen Sie etwa, daß das gleichgültig ist?“ Worauf der Senator schlicht und einfach antwortete: „Ja“.

Anton Zischka erinnert auch daran, daß solche Selbstmordprediger mitten unter uns ihr Wesen treiben. Er zitiert den *Advocatus diaboli* Professor Pascal Jordan, der im deutschen Bundestag erklärte: „Die Menschen haben die Schrecken der Armbrust überwunden, sie werden auch die Schrecken der Atombombe überleben... Die Warnungen Albert Schweitzers und der achtzehn Göttinger Professoren sind aus sachlicher Unkenntnis und aus politischer Naivität erfolgt.“

Zischka beschwört wärend den Ungeist „eines gewissen europäischen Regierungschefs“, den er leider nicht beim Namen nennt, der in Atomwaffen „nur eine Weiterentwicklung der Artillerie“ sehe und der 1958 einigen Physikern, die ihn vor der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen warnten, erwidert habe: „Meine Herrn, wer hat die Dinger denn gemacht? Ich vielleicht? Nun jammern Sie gelegentlich auch nicht, wenn man diese Dinger verwenden will.“

Und was würde geschehen, wenn man „diese Dinger“ verwendet? Nach Zischkas zuverlässigen Informationen rechnet der NATO-Oberbefehlshaber General *Norstad* damit, daß „im atomaren Kriegsfall in Europa bereits während der ersten Kriegstage mit mindestens 120 Millionen Toden auf westlicher Seite gerechnet werden“ muß.

Anton Zischka sieht sehr klar, daß es angesichts dieser wenig berückendenden Perspektive „nur mehr zwei Entscheidungen gibt, totale Abrüstung oder totale Vernichtung“. Dieser unzweideutig klaren Entscheidung wegen, sollte man seine eingangs erwähnten theoretischen Fehlspekulationen mit Nachsicht übersehen. Sein Buch klingt aus mit den beherzigenswerten Worten:

„Verzweifeln wir, so werden wir kampflös überannt. Versuchen wir es mit der Gewalt, so begehen wir Selbstmord. Vertrauen wir andern, so geraten wir in Sklaverei. Wenn wir aber an uns selber und an die Zukunft glauben, und dem gesunden Instinkt der Menschheit vertrauen, dann werden wir jede Bedrohung überwinden!“

Botschaft

der ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag im Juni 1961

In der vorhergehenden Ausgabe dieser Zeitschrift haben wir das **Kommuniqué** der ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag gebracht. Leider sind wir aus Platzmangel nicht in der Lage, der Bedeutung dieser Konferenz gebührend Rechnung zu tragen. Einen ausführlichen Bericht finden interessierte Leser in der von Herbert M o c h a l s k i herausgegebenen „Stimme der Gemeinde“, Nr. 13/1961 (Frankfurt a. M., Finkenhofstraße 4). Wir wollen uns hier darauf beschränken, breite Auszüge aus der **BOTSCHAFT** der Allchristlichen Friedensversammlung zu veröffentlichen.

Im Glauben an Jesus Christus, dem alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben ist, sind in Prag mehr als 600 Christen als Vertreter und Glieder verschiedener Kirchen, Konfessionen und Denominationen aus allen Teilen der Welt zu einer ersten Allchristlichen Friedensversammlung zusammengekommen.

Im Anfang des atomaren Zeitalters, da die mögliche Selbstvernichtung der Menschheit droht und die Welt nach Frieden schreit, vernehmen wir gemeinsam Gottes Verheißungen: **Friede auf Erden, und: Selig sind, die den Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.** In der Zuversicht unseres Glaubens rufen wir gemeinsam die ganze Christenheit und alle Menschen dazu auf, diesen Zusagen des barmherzigen Gottes zu trauen und in seiner Kraft Wege des Friedens zu gehen...

1. Im Lichte des Friedens Gottes haben wir erkannt:

Im atomaren Zeitalter ist Krieg keine verantwortbare und sinnvolle Möglichkeit zur Lösung internationaler Probleme mehr. Wer die Massenzerstörung überhaupt erwägt, wer zur Abschreckung mit atomaren Waffen droht, wer solche unmenschlichen Mittel bereitstellt, wer junge Menschen für ihre mögliche Anwendung erzieht, der handelt nicht nur gegen alle Einsichten menschlicher Vernunft, sondern er versündigt sich an Gott.

Weil das atomare Wettrüsten immer noch andauert, bitten wir alle Parlamente und alle Regierungen, alles zu tun und vieles zu wagen, was zur Abschaffung des Krieges führt.

Dazu gehören als erster Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Einigung über internationale Kontrollmaßnahmen.

Dazu gehört der Verzicht der noch nicht atomar gerüsteten Völker auf den Besitz der Massenvernichtungsmittel. Dazu gehört alles, was der Bemühung um die allgemeine totale Abrüstung und um einen organisierten Weltfrieden dient.

Dazu gehören schließlich ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, so daß am Ende die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dient. Dazu gehören auch alle Versuche und Vorschläge zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen und zur Schaffung international garantierter Neutralitätsverträge.

Die ungelöste Deutschlandfrage ist eine gefährliche Wunde am Leibe Europas. Deshalb wenden wir uns an die Kirchen und Christen, an die Regierungen und an das Volk in beiden deutschen Staaten mit der Bitte, die besonderen deutschen Versuchungen zu erkennen, die in jeder Form der Aufrüstung, vor allem aber in der atomaren Aufrüstung liegen, und durch Verzicht darauf zum Frieden Europas und der Welt aktiv beizutragen.

2. Im Lichte der Versöhnung Gottes haben wir erkannt:

Der Kalte Krieg ist der Wegbereiter der atomaren Katastrophe. Wir wissen, daß alle Völker sich nach Frieden sehnen. Kalter Krieg herrscht überall dort, wo trotzdem Völker und Staaten ihr Glück und ihren Wohlstand auf Kosten anderer Völker und Staaten suchen.

Es gilt heute vor allem, das Zusammenleben und die konstruktive Zusammenarbeit solcher Völker und Völkergruppen konsequent ins Auge zu fassen, die in unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Systemen und Traditionen leben. An die Stelle gegenseitiger Verdammung muß der freundschaftliche Wettbewerb treten.

3. Im Lichte der Gerechtigkeit Gottes haben wir erkannt:

Alle Menschen, alle Völker und alle Regierungen stehen heute vor der schweren Aufgabe, nicht nur den Krieg auszuschalten, sondern der Welt eine Ordnung zu geben, in der auch bisher so sehr benachteiligte Völker und Staaten, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, gedeihen können. Unsere Fürbitte und volle Anteilnahme gilt allen diesen Unterdrückten, Verachteten und Entrechteten, allen, die auf dem Wege zur Freiheit und Selbständigkeit sind. Dabei denken wir aber auch an jene Menschen und Staaten weißer Rasse, von denen heute, besonders in den genannten Teilen der Welt, die Preisgabe von Einfluß und vermeintlichen Rechten, von Reichtum und Rohstoffquellen gefordert werden muß.

Die alten Kolonialmächte müssen lernen, daß sie ihre Machtpositionen aufzugeben haben. Die Völker, die materiell besser leben, müssen begreifen, daß sie zu Opfern bereit sein müssen, um den Lebensstandard der notleidenden Völker heben zu helfen.

Wir sehen die Lösung der schweren Probleme in den sogenannten Entwicklungsländern nur auf dem Wege einer

partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, zwischen den alten und jungen Nationen. Rassische Überheblichkeit, jede Form eines neuen Kolonialismus, aber auch jede zeitliche Verzögerung in der Behebung der akuten Nöte von Millionen Menschen werden Haß säen und das friedliche Zusammenleben der Völker bedrohen.

Diejenigen Staaten, die unerhört hohe Beträge für ihre Rüstung aufwenden, erinnern wir daran, daß jede Einschränkung ihrer Rüstungsausgaben wirtschaftliche Mittel freisetzt, durch die Hunger und großes menschliches Elend in der Welt gebannt und den Völkern der Zugang zu der Fülle der Güter in der Erde geöffnet werden können. Schnelles Handeln ist notwendig.

4. Im Lichte der Geduld Gottes haben wir erkannt:

Ungeahnte technische Möglichkeiten sind uns Menschen heute in die Hände gegeben. Wir können sie zu Fluch und Verderben oder zu Segen und Wohl der Erde und ihrer Menschen gebrauchen.

Im Glauben an Gottes Langmut und Erbarmen sind wir voller Zuversicht, daß er das Leben der Menschheit bewahren und zwischen den Völkern auf der Erde den Frieden erhalten will. Aber er will dazu unsere menschlichen Bemühungen um den Frieden zwischen den Völkern, um die menschliche Versöhnung und um die Gerechtigkeit auf Erden gebrauchen.

Gewerkschaften gegen Atomwaffen

Im Monat Juni fanden in West-Berlin kurz hintereinander die Gewerkschaftstage der beiden großen Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (OTV) statt. Auf beiden Konferenzen sprachen sich die Delegierten einmütig für einen entschiedenen Kampf gegen die Atomrüstung und gegen die damit in engem Zusammenhang stehende Notstandsgesetzgebung aus. In der Entschließung der OTV-Delegierten wird gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Lagerung von Atomwaffen in Ost und West Stellung genommen.

In der Entschließung des HBV-Gewerkschaftstages heißt es zu diesem Punkt:

„Sie (die Delegierten — die Red.) fordern den DGB sowie alle in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften auf, in verstärktem Maße die Öffentlichkeit über die Gefahren der Atomwaffen aufzuklären und die Aktionen „Kampf dem Atomtod“ fortzusetzen. Der 5. Gewerkschaftstag... bekräftigte die von befreundeten demokratischen Organisationen gegen die atomare Aufrüstung in Deutschland und in der gesamten Welt gefaßten Beschlüsse und bittet alle Gewerkschaftsmitglieder, die von diesen Organisationen eingeleiteten Aktionen tatkräftig zu unterstützen.“

Die Wissenschaftler und die Atomdebatte

Sir Charles P. Snow, von Hause aus Physiker, ist einer der meistgelesenen englischen Schriftsteller. Während des zweiten Weltkrieges wurde er von der britischen Regierung mit dem Einsatz der Wissenschaftler beauftragt. Auch nach 1945 beriet er als Kommissar des Zivilen Dienstes die englische Regierung bei Berufungen von Wissenschaftlern auf verantwortliche Posten. Im Frühjahr 1960 trat er von diesem Amt zurück, um mehr Zeit für seine schriftstellerische Arbeit zu haben. Charles P. Snow ist ein ausgezeichnete Kenner der Probleme, mit denen er sich in dem folgenden Artikel, den wir der britischen Zeitung „The Guardian“ vom 1. März 1961 entnehmen, auseinandersetzt.

Die Entdeckung der Atomspaltung zerschlug die Gemeinschaft der internationalen Physik. Nach dem Abwurf der Bomben im Jahre 1945 erklärte Mark Oliphant, der bedeutendste Vertreter der australischen Physiker: „Das hat ein schönes Fach umgebracht“. Intellektuell gesehen, hat er nicht recht behalten, aber in geistiger und moralischer Beziehung denke ich manchmal doch, daß er recht hat. In anderen Disziplinen wie zum Beispiel in großen Sektoren der Biologie ist ein Großteil der internationalen Gemeinschaft bestehen geblieben. Viele Biologen empfinden die gleiche Befreiung, die gleiche Freude, sich an einem großzügigen Unternehmen zu beteiligen wie seinerzeit die Physiker in den Zwanzigerjahren. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß in der Wissenschaft die moralische und intellektuelle Führung auf die Biologen übergehen wird. Unter ihnen werden wir die Rutherford, Bohrs und Francks der nächsten Generation finden.

Die Physiker haben eine bittere Aufgabe gehabt. Mit der Entdeckung der Kernspaltung und einem gewissen technischen Durchbruch auf dem Gebiet der Elektronik wurden die Physiker fast über Nacht das wichtigste militärische Reservoir, aus dem ein großer Staat schöpfen kann. Viele Physiker sind Soldaten — nicht in Uniform — geworden. Und das sind sie seither in den fortgeschrittenen Gesellschaften geblieben.

Es läßt sich sehr schwer ausmalen, was ihnen sonst übrig geblieben wäre. Es begann mit dem Hitlerkrieg. Die meisten Wissenschaftler glaubten damals, daß der Nationalsozialismus so ziemlich das schlimmste Übel sei, daß die menschliche Gesellschaft befallen hatte. Ich selbst war dieser Meinung und vertrete sie noch immer ohne Einschränkung. Deswegen mußte der Nationalsozialismus bekämpft werden. Da die Möglichkeit bestand, daß die Nazis Kernspaltungsbomben herstellen könnten, was wir bis 1944 für möglich hielten, und was für jeden, der nur irgend etwas davon verstand, ein ständiger Alptraum war, mußten wir sie auch herstellen. Wenn man nicht ein absoluter Pazifist war, blieb einem nichts anderes übrig. Für die meisten von uns ist die Haltung des absoluten Pazifismus nicht annehmbar.

Daher respektiere ich die moralische Haltung jener Wissenschaftler, und teile sie in hohem Maße, die sich der Aufgabe widmeten, die Bombe herzustellen. Wenn man aber auf irgendeine moralische Rolltreppe steigt, weiß man schwer, ob man jemals im-

stande sein wird, wieder heruntersteigen. Als Wissenschaftler zu Soldaten wurden, gaben sie von dem vollen wissenschaftlichen Leben etwas auf, das so un wahrnehmbar war, daß sie es gar nicht merkten — zumindest nicht intellektuell. Ich sehe keinen Hinweis darauf, daß sich die wissenschaftliche Arbeit für die Entwicklung von Waffen mit höchster Vernichtungsgewalt von einer anderen wissenschaftlichen Arbeit intellektuell unterscheidet. Aber es gibt einen moralischen Unterschied.

Es mag sein, daß man diesen moralischen Preis unter gewissen Umständen zahlen muß. Oft beziehen Wissenschaftler, die bessere Menschen sind als ich, diese Haltung, und ich habe versucht, sie in einem meiner Bücher getreu darzustellen. Nichtsdestoweniger hat es keinen Zweck zu behaupten, man zahle keinen moralischen Preis, Soldaten müßten gehorchen. Der Gehorsam ist die Grundlage ihrer Moral, nicht aber die Grundlage der Moral der Wissenschaft. Wissenschaftler müssen zweifeln und sich nötigenfalls auflehnen. Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Ich bin kein Anarchist. Ich will nicht sagen, Loyalität sei keine vornehme Pflicht. Ich sage nicht, daß jede Auflehnung gut ist. Aber ich sage, daß sich Loyalität sehr leicht in Fügsamkeit wandelt, die oft zum Deckmantel für die Furchtsamen und Egoisten werden kann. Das gilt auch für den auf die Spitze getriebenen Gehorsam.

Wenn Sie an die lange und düstere Geschichte des Menschen denken, werden sie finden, daß im Namen des Gehorsams viel mehr und viel schrecklichere Verbrechen begangen wurden als jemals im Namen der Auflehnung. Wenn Sie das bezweifeln, dann lesen Sie William Shirers Buch „Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches“. Das deutsche Offizierskorps wurde nach dem strengsten Gesetz der Gehorsamkeit erzogen. Diese Offiziere betrachteten sich als die denkbar ehrenhafteste und gottesfürchtigste Gruppe von Menschen. Aber sie beteiligten sich im Namen des Gehorsams an den verruchtesten Großaktionen der Weltgeschichte.

Die Wissenschaftler dürfen diesen Weg nicht einschlagen. Aber die Pflicht, zu zweifeln, ist keine große Unterstützung, wenn man inmitten einer organisierten Gesellschaft lebt. Das sage ich aus eigener Erfahrung. Ich war zwanzig Jahre lang Beamter. Zu Beginn des Krieges veranlaßten mich die gleichen Gründe, die meine wissenschaftlichen Kollegen bewegten, Waffen herzustellen, die Beamten-

laufbahn aufzunehmen. Ich blieb Beamter bis vor einem Jahr und zwar aus den gleichen Gründen, die meine wissenschaftlichen Freunde bestimmten, sich in zivile Soldaten zu verwandeln. Das Beamtenleben in England ist nicht ganz, aber fast so diszipliniert wie das Leben eines Soldaten.

Ich glaube, die sehr großen Tugenden der Männer zu kennen, die dieses disziplinierte Leben führen. Ich weiß auch, was die moralische Falle für mich war. Auch ich war auf eine Rolltreppe gelangt. Das Ergebnis kann ich in einem Satz zusammenfassen: Ich versteckte mich hinter der Institution und verlor die Kraft, nein zu sagen.

Nur ein sehr mutiger Mann kann sich als Mitglied einer organisierten Gesellschaft die Kraft bewahren, nein zu sagen. Ich sage Ihnen das, der ich nicht sehr mutig bin und der ich mich von Natur aus nicht abseits stellen oder von meinen Kollegen isolieren will. Wir können diese Handlungsweise nicht von vielen Wissenschaftlern erwarten.

Gibt es festeren Boden, auf dem sie stehen können? Ich denke schon. Ich glaube, daß es in der wissenschaftlichen Tätigkeit eine Quelle des moralischen Handelns gibt, die zumindest so stark ist wie die Suche nach der Wahrheit. Der Name dieser Quelle ist das Wissen. Wissenschaftler wissen bestimmte Dinge viel unmittelbarer und sicherer als andere Menschen, die nicht verstehen, was die Wissenschaft ist. Dieses Wissen muß unser Handeln bestimmen, es sei denn, wir sind abnormal schwache oder abnormal böartige Menschen. Die meisten von uns sind furchtsam, aber das Wissen gibt uns bis zu einem gewissen Grad Mut. Vielleicht kann es uns so viel Mut geben, daß er für die gegebenen Aufgaben groß genug ist.

Ich will das augenscheinlichste Beispiel wählen. Alle wissenschaftlich arbeitenden Physiker wissen, daß es relativ leicht ist, Plutonium herzustellen. Das wissen wir nicht als journalistische Tatsache aus zweiter Hand, sondern als eine aus eigener Erfahrung gewonnene Tatsache. Wir können ausrechnen, wieviel wissenschaftliches und technisches Personal ein Nationalstaat benötigt, um sich mit Fissions-, Spaltungs- und Fusionsbomben auszurüsten. Wir wissen, daß ein Dutzend oder mehr Staaten vielleicht nur sechs, vielleicht weniger Jahre dazu brauchen werden. Sogar jene unter uns, die am besten informiert sind, übertreiben diese Zeiten immer.

Das wissen wir mit der Gewißheit — wie soll ich es nennen — der technischen Wahrheit. Wir wissen auch, daß die meisten von uns mit der Statistik und mit der Natur der Zufälle vertraut sind. Wir wissen mit der Sicherheit der statistischen Wahrheit, daß einige dieser Waffen losgehen werden, wenn sie von genü-

gend verschiedenen Staaten in genügender Menge erzeugt werden. Ob durch Torheit, Verrücktheit oder Zufall, ist dabei unwesentlich. Wesentlich ist die Natur der statistischen Tatsache.

Das alles ist uns bekannt. Wir wissen es aus unmittelbarer Erfahrung als jeder Politiker, weil es unserem direkten Erfahrungskreis angehört. Es ist ein Teil unseres Denkens. Werden wir es geschehen lassen?

Das alles ist uns bekannt. Damit fällt den Wissenschaftlern eine direkte und persönliche Verantwortung zu. Es genügt nicht, zu sagen, daß Wissenschaftler eine Verantwortung als Staatsbürger haben. Ihre Verantwortung ist viel größer und anderer Art. Wissenschaftler haben das moralische Gebot, zu sagen, was sie wissen. Es wird sie in ihren eigenen Nationalstaaten unbeliebt — oder vielleicht noch schlimmer als unbeliebt machen. Das macht nichts. Oder besser, es macht Ihnen und mir etwas, aber angesichts der Gefahren darf das nicht zählen.

Denn wir kennen die Risiken wirklich. Wir stehen vor einem „Entweder — Oder“ und haben nicht viel Zeit. Entweder wir akzeptieren eine Einschränkung der Atomrüstungen. Diese wird als Zeichen des guten Willens mit einem Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche beginnen müssen. Die Vereinigten Staaten werden die 99,9 Prozent Sicherheit, die sie verlangt haben, nicht erhalten. Diese sind nicht erreichbar, wenn auch die Vereinigten Staaten möglicherweise andere Vorteile dafür eintauschen könnten. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß dieser Weg gewisse Risiken beinhaltet. Sie sind ganz unverkennbar, und kein ehrlicher Mann wird sich dem verschließen.

Das ist das „Entweder“. Das „Oder“ ist keine Gefahr, sondern eine Gewißheit, die folgendermaßen aussieht:

Es gibt kein Abkommen über die Versuche. Das Atomwetterrüstungen zwischen den USA und der UdSSR wird nicht nur fortgesetzt, sondern auch beschleunigt. Andere Länder schließen sich an. Binnen höchstens sechs Jahren werden China und einige andere Staaten einen Kernbombenvorrat haben. Binnen höchstens zehn Jahren werden einige dieser Bomben losgehen.

Ich erkläre dies mit aller mir zu Gebot stehenden Verantwortung. Es ist eine Gewißheit. Daher haben wir auf der einen Seite ein begrenztes Risiko, auf der anderen Seite die Gewißheit der Katastrophe. Ein normaler Mensch kann zwischen einem Risiko und einer Gewißheit nicht zögern.

Teuer erkaufte

Die Zustimmung der englischen Regierung für die kriegsmäßigen Manöver von Panzereinheiten der Bundeswehr auf einem britischen Manövergelände von Südwales, wurde erst erteilt, nachdem Minister F. J. Strauß bei Verhandlungen mit seinem britischen Kollegen versprochen hatte, großzügige

Waffenkäufe in Großbritannien zu tätigen. So sollen für insgesamt 2,2 Milliarden DM Panzergeschütze und Flakanonnen für die Bundeswehr in England bestellt werden.

Die britische Bevölkerung ist weit davon entfernt, das Verhalten ihrer Regierung zu billigen, die damit deutschen Panzern die Landung an britischen Küsten ermöglicht, ein Vorhaben, zu dessen Abwehr vor über 20 Jahren das britische Volk in den zweiten Weltkrieg eintrat. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn die Jahreskonferenz der Transportarbeitergewerkschaft, der größten britischen Gewerkschaft, gegen die Ausbildung deutscher Truppen auf britischem Boden protestiert.

Unter Natobrüdern

Der Italienkorrespondent der „Welt“, Friedrich Meichsner berichtet seinem Blatt am 26. Juni:

Der römische „Messaggero“, der dem Außenministerium nahe steht, forderte die italienische Regierung auf, jetzt „in aller Offenheit mit Bonn zu sprechen“.

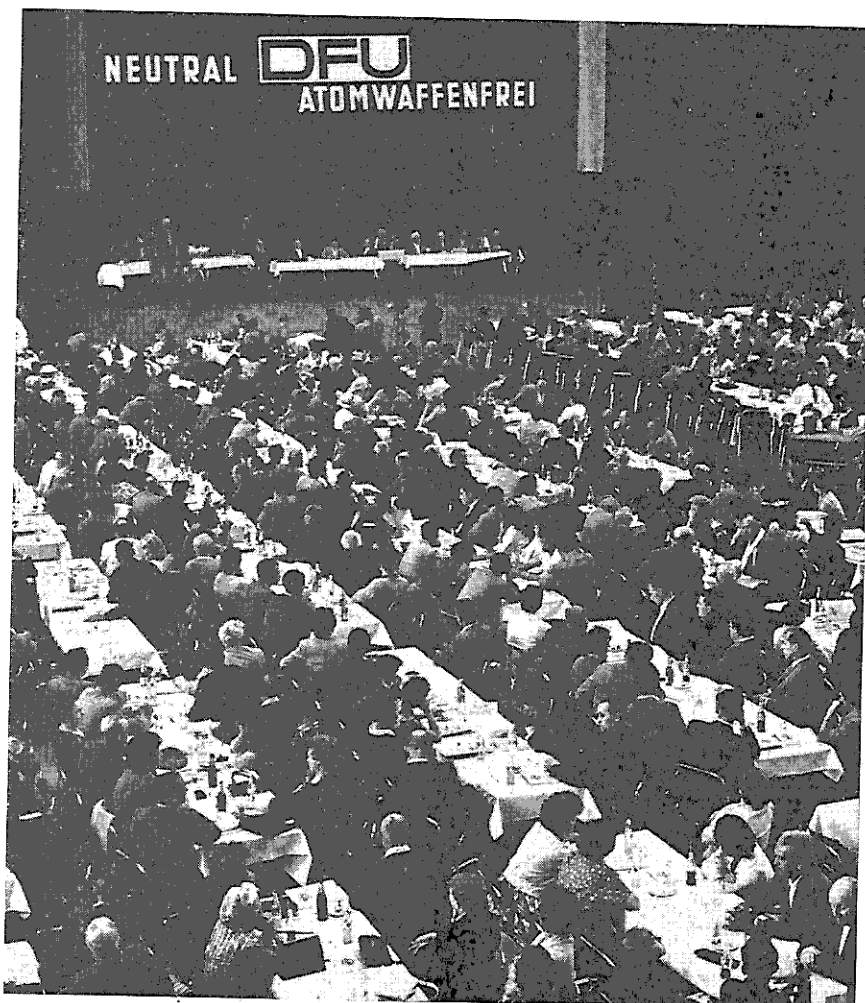
„Bei der rückständigen Entschlossenheit Wiens“, schrieb das Blatt, „das Ziel der territorialen Einheit Tirols zu verfolgen, ist deutlich die deutsche Hand im Spiel. Die deutschen Industriellen blicken auf Südtirol wie auf ein vielversprechendes Land, in dem das Wasser in Strömen fließt und die

elektrische Energie ein auszubeutendes Kapitel darstellt.“

Am nächsten Tag schreibt Meichsner in der „Welt“:

Ein offenes Wort tut not — ein Wort zum deutsch-italienischen Verhältnis ... Welches Übermaß gerade diese Auseinandersetzung um die Behandlung der deutschsprachigen Minderheit zwischen Brenner und Salurn in letzter Zeit angenommen hat, zeigen schon einige wenige Beispiele aus den letzten Tagen. So hat in Deutschland nach dem christlich-demokratischen Bundesverkehrsminister Seebohm (er sprach von dem „Italienischen Joch“ in Südtirol — d. Red.) jetzt auch eine Veröffentlichung des Sozialdemokratischen Pressedienstes offen gegen Italien Partei ergriffen ... Dem stehen in Italien Ausfälle gegenüber, wie sie die einflußreiche Turiner „Stampa“ am Wochenende in einem Leitartikel führte. Darin hieß es: „Die Südtiroler Bewegung gehört ohne Zweifel in den Rahmen der deutschen Gebietsforderungen gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien ... Die Politiker müssen sich vor Augen halten, daß Übereinkommen der Regierungen nicht standhalten, wenn die Völker bei einem benachbarten Volk das Wiederaufleben eines Hegemoniestrebens befürchten“ ...

Schon sind in Italien Stimmen zu hören, die darauf hinweisen, daß ein Volk offenbar erst dann Ruhe habe vor den Deutschen, wenn es seine deutsche Minderheit über die Grenzen abgeschoben habe.



Wahlkongreß der Deutschen Friedens-Union in Wiesbaden

I d K

Die Jahreskonferenz 1961 der deutschen Sektion der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) findet am 14. und 15. Oktober in München statt. Sie steht unter dem Motto: „Der Friede, den wir meinen“.

Jugendarbeitsgemeinschaft der WRI

Vom 12. bis 19. August 1961 wird die „War Resisters International“ (WRI) in Blaricum bei Amsterdam eine Jugendarbeitsgemeinschaft über das Thema: „Praktische Friedensarbeit“ durchführen. Ein indischer Sprecher wird über die Erfahrungen mit den indischen Friedensbrigaden sprechen. Außerdem sind Redner aus Holland, aus den USA, aus Belgien und aus der Bundesrepublik vorgesehen.

Das Märchen vom Luftschutz

Die IdK-Gruppe Karlsruhe verteilte Anfang Juni 10 000 Exemplare eines Flugblattes, in dem das Märchen vom Luftschutz offengelegt wurde. Das Flugblatt schloß mit den Worten: „Aktiver Luftschutz heißt: Ablehnung der Atomwaffen und Verzicht auf die Politik der militärischen Stärke.“

Luftschutz für die Katz'

Die Gruppe München-Süd der IdK hat kürzlich im ganzen Stadtgebiet Plakate anbringen lassen, die den Text tragen: „Der Tierschutz ist besser als der Luftschutz, denn der Tierschutz ist für alle Tiere da — der Luftschutz nur für die Katz!“ Außerdem wurden 20 000 Handzettel verteilt, auf denen auf die Unsinnigkeit des Luftschutzes hingewiesen wurde.

Ostermarsch-Komitee

Arbeit geht weiter

Das Zentrale Ostermarsch-Komitee hat auf seiner Sitzung beschlossen, einen vom hessischen Ausschuss vorgelegten Resolutionsbeschuß zu billigen, in dem vor allem zur Durchführung großer Veranstaltungen zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6. August) und zum Jahrestag des Ausbruches des 2. Weltkrieges (1. Sept.) aufgerufen wird.

6. August

Für den Tag von Hiroshima, den 6. August und für den Tag des Kriegsbegins, den 1. September planen die Regionalen Ausschüsse für den Ostermarsch neue Aktionen gegen den Krieg und für die Abrüstung. Am 3. September soll dann eine große Konferenz aller Teilnehmer im Bereich des Ostermarsches West in Dortmund vereinen. Prominente Redner sollen die Forderungen der Atomwaffengegner mit Nachdruck in die Öffentlichkeit tragen.

Der Ostermarsch-Ausschuß Düsseldorf wird am 5. August zum Gedenken an den ersten Atombomben-Abwurf auf

Hiroshima vor 16 Jahren eine Kundgebung vor der Europa-Halle im Ausstellungsgelände durchführen, auf der der bekannte Schriftsteller Stefan Andres sprechen wird. Am 6. August werden auf 12 Plätzen der Stadt Atomwachen veranstaltet, die den Bürgern Düsseldorfs die uns alle durch die Atom-Rüstung drohende Gefahr deutlich machen soll.

In einem Aufruf des Ostermarsch-Ausschusses Düsseldorf zum 6. August 1961 heißt es:

„Über unseren Köpfen kreisen Tag und Nacht mit Atombomben beladene Flugzeuge. Ein menschliches Versagen — eine Störung der technischen Geräte — und millionenfacher Tod käme über uns.“

Das gesamte Ruhrgebiet wäre im Bruchteil von Sekunden nur noch verbrannte Erde. Alles Leben wäre erloschen.

Schon morgen kann es für Dich zu spät sein!

Denke an das Leben und die Gesundheit Deiner Kinder!

Hilf mit, die unheilvolle Entwicklung aufzuhalten!

NIEMALS EIN DEUTSCHES HIROSHIMA!

VK

Lieber Jazz als Marschmusik

Unter diesem Motto veranstaltet die Münchener Gruppe des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) jeden Freitag abend in der Gaststätte „Zum Gschlössl“ am Kurfürstenplatz ein Tanzvergnügen.

Bundeskongreß 1961

Ende April fand in Offenbach der Bundeskongreß des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) statt. Er wurde eingeleitet durch Referate von Gerhard Grüning zum Friedensdienst, von Rechtsanwalt Hannover zur Rechtslage und von H. H. Köper zur Öffentlichkeitsarbeit. Zum Vorsitzenden wurde Wilhelm Keller wiedergewählt, zu seinem Stellvertreter wurde Rechtsanwalt Hannover aus Bremen bestimmt. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Hans Hampe, Dr. Wilhelm Ude, Werner Böwing, Herbert Stubenrauch und H. H. Köper.

Die Falken

„Niemand ein deutsches Hiroshima“

Der Informationsdienst Nr. 5 der Sozialistischen Jugend des Bezirks Niederrhein stellt die Frage über das Verbleiben des geplanten Treffens aller jugendlichen Atomrüstungsgegner zur Diskussion. So schreibt Klaus Jann: „Die letzte Verbandskonferenz der SJD — Die Falken — in Kassel liegt nun schon fast ein Jahr zurück. Mit großer Mehrheit wurde dort ein Antrag angenommen, ein zentrales Treffen gleichgesinnter Jugendverbände gegen die Atomaufrüstung durchzu-

führen... Nun wird es m. E. endlich Zeit, an das große zentrale Treffen zu denken, bzw. die Arbeit dazu in die Hand zu nehmen. Große Reden allein nützen hier nicht viel, Aktionen müssen folgen.“

Jochen Freitag fordert ebenfalls die Verwirklichung der Beschlüsse. Er schreibt:

„Auf der Kasseler Konferenz wurden einige wichtige Beschlüsse gefaßt. U. a. wurde beschlossen, daß an einem Ort in der Bundesrepublik ein zentrales Treffen der Arbeiterjugendverbände gegen die atomare Aufrüstung durchgeführt werden soll. Nun stehen einige führende Genossen vor der großen Frage, wie verhalte ich mich, da die SPD sich ja indirekt für eine Atombewaffnung ausgesprochen hat. Die Frage steht also: Sollen wir deshalb unsere Kasseler Beschlüsse einfach vergessen und unter den Tisch fallen lassen? Ich meine, man kann nicht immer wieder nur Beschlüsse verwirklichen, die einem in den Kram passen; man muß alle befolgen.“

Treffen der Atomwaffengegner

Im Herbst dieses Jahres will der Bezirk Ostliches Westfalen/Lippe der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken — ein Treffen der Atomwaffengegner und Kriegsdienstverweigerer in Bielefeld veranstalten. Als Referent ist Dr. Arnim Prinz zu Lippe vorgesehen.

Titelbild:

Montage von Bernd Bücking, Hamburg

Bilder:

Seite 6 von Silvia Zehrlaut, Frankfurt
Seite 9 Foto Tripp, Düsseldorf
Seite 15 heinzik-Foto, Bottrop

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.